

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 43.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober 1911.

Posen, den 31. Oktober 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 239 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. Oktober 1911:Zu dem Artikel des Dziennik Poznański, betitelt
Gegenüber Gerüchten

bemerkt der Kurjer u. a.:

... Natürlich ist es schwer, sich in Prophezeiungen zu ergehen. Wo es sich um die nationale Existenz handelt, da muß man warten, sehen, beobachten und seine nationalen Pflichten erfüllen. Eines jedoch scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß nämlich das Verhältnis des Herrn Schwarzkopff zur Bodenfrage ein anderes sein wird als zur Schulfrage.

Was erstere betrifft, so hat man Herrn Schwarzkopff nicht zu dem Zwecke nach Posen geschickt, daß er Berlin zur Anwendung der Enteignung dränge. Das steht fest. Übrigens braucht die Regierung nicht zu enteignen, wir enteignen uns selbst, und im künftigen Jahre wird es noch schlimmer sein. Man kann hingegen nicht im voraus beurteilen, wie Herr Schwarzkopff die Ansiedlungsnovelle anwenden wird, ob so streng, wie es bisher geschah, oder etwas gelinder. Die Fakultäten fordern natürlich das erstere.

Anders stellt sich die Schulangelegenheit dar. Das Schulsystem ist für die Volksgemeinschaft ein schreckliches Unrecht, — schärfer darf man sich nicht ausdrücken. Herr Schwarzkopff ist in dieser Hinsicht kein unbebeschriebenes Blatt. Als hervorragendes Mitglied des Kultusministeriums war er einer der Hauptlenker dieses Systems. Daß er vor dem Schulstreik nicht kapitulieren wollen, ist vom Standpunkt der Staatsautorität aus verständlich; aber daß er das zugelassen hat, was den Streik veranlaßte, das ist charakteristisch für den politischen Standpunkt des Herrn Schwarzkopff in der Schulfrage. Und diese Frage ist, wie die Böln. Volkszeitg. hervorgehoben hat, wichtiger als die Bodenfrage.

Aus Nr. 245 des Lech (Gnejen)
vom 25. Oktober 1911:**Die studierende Jugend.**

Die polnische Volksgemeinschaft im preussischen Anteil hat sich bis jetzt herzlich wenig für die Bestrebungen und Aspirationen der an höheren und mittleren Unterrichtsanstalten studierenden Jugend interessiert. Unsere Allgemeinheit hatte unter dem Einfluß der herrschenden wirtschaftlichen Losungen kein Verständnis für die idealeren Bestrebungen unserer Jugend, ja, sie nahm

ihnen gegenüber teilweise sogar eine feindliche Haltung ein. Man forderte von der Jugend einzig und allein, daß sie Fortschritte in den Wissenschaften machen und die Prüfungen bestehen sollte, während das andere, wie man sagte, sich finden würde. Man wies hierbei auf die Jugend in andern Volksgemeinschaften hin, die sich doch auch nur den Wissenschaften und der Ablegung der Prüfungen widme, ohne sich die Köpfe mit verschiedenen andern unnötigen Dingen, wie man häufig die polnische Geschichte und Literatur nannte, vollzustopfen. Hierbei vergaß man, daß die Jugend bei andern Nationen in der Schule auch die nötigen Kenntnisse in der nationalen Geschichte und Literatur erwirbt, während die preussische Schule unserer Jugend aus der polnischen Geschichte und Literatur nicht nur nichts bietet, sondern sich im Gegenteil durch parteiische Schilderung bemüht, bei unserer Jugend Abneigung gegen unsere nationale Vergangenheit zu erwecken. Dies begriff die Jugend und begann die Mängel der Schulbildung auszugleichen und die durch das Schulsystem verkrüppelten Begriffe wieder gerade zu rücken. Aber dem System ließ sich nicht ungestraft zuwiderhandeln. Man entdeckte eine ganze Reihe von Selbstbildungszirkeln der Gymnasialjugend, entfernte die „Schuldigen“ von der Anstalt und verfolgte sie mit verschiedenen empfindlichen Strafen. Es begann ein Zeitabschnitt, in welchem man die Jugend beobachtete, überall geheime Verbände witterte, hinter polnischen Büchern herjagte und alle, auch die unschuldigsten national-polnischen Kundgebungen verfolgte. Aber nicht nur von seiten des preussischen Systems erfuhr die studierende Jugend unerhörte Verfolgungen. Schwierigkeiten entstanden ihr auch von jener Seite, die gerade in erster Linie dazu berufen gewesen wäre, die nationalen Bestrebungen und Aspirationen der Jugend zu unterstützen, nämlich von Seiten der Eltern, von Seiten der älteren Generation. Der Mangel an Verständnis für diese Bestrebungen der Jugend war bei manchen, leider zahlreichen Personen so groß, daß man die Jugend wegen dieser Bestrebungen verdammt und bemüht war, ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Und doch hätten die älteren Personen wissen müssen, daß nur jener im späteren Leben ein nützlicher Bürger seines Landes werden kann, der dessen Vergangenheit kennt, und sie hätten sich mit allen Kräften um die nationale Erziehung der Jugend bemühen müssen, nicht nur durch Unterstützung ihrer Bestrebungen, sondern auch durch Ermunterung zur weiteren Arbeit an ihrer Person. Die Zeit des Schulunterrichts ist hierzu der geeignetste Zeitabschnitt. Später, während des Universitätsunterrichts, entstehen für die Jugend neue wichtige Aufgaben. Wenn die Gymnasialjugend durch das Kennenlernen der polnischen Geschichte und Literatur

das Fundament errichtet, auf welchem sich die spätere bürgerliche und nationale Arbeit aufbauen muß, so muß sich die Universitätsjugend unmittelbar für den Dienst in der nationalen Werkstatt vorbereiten. Allseitige wissenschaftliche Erforschung der sozialen und politischen Probleme, die Vertiefung der Probleme der nationalen Politik, die Untersuchung und das Kennenlernen der Mittel für unsere nationale Arbeit und Verteidigung, das sind die Aufgaben, die unsere Universitätsjugend erwarten.

Von der aktiven Beteiligung an der Politik und am politischen Leben müßte sich die Jugend nach Möglichkeit fernhalten, weil ihr vorwiegend jene Tugenden fehlen, die die Eigentümlichkeit des erfahrenen Politikers bilden, nämlich die große Erfahrung und die kühle Überlegung. Andererseits zeichnet sich die Jugend durch Tugenden aus, deren Fehlen sich bei älteren Personen besonders hier im preussischen Anteil bemerkbar gemacht, nämlich durch den innigen Glauben an die nationalen Ideale und durch edle Begeisterung. Man macht der Jugend häufig den Vorwurf, daß sie nicht stets mit den Worten rechnet, daß ihre Erzeugnisse mehr der Phantasie als der Überlegung entspringen, aber das Verhalten der Jugend darf man nicht ausschließlich mit kühlem Verstand messen, sondern vielmehr mit dem Maße der guten Absichten, die sie beseelen. Überhaupt muß man bemüht sein, die Jugend, ihre Bestrebungen und ihre Aspirationen zu verstehen. Heute besteht leider zwischen den älteren Generationen und der Jugend noch eine tiefe Kluft, die größtenteils darauf beruht, daß die älteren Personen sich nicht bemühen, sich der Jugend zu nähern, ihre Anschauungen und Bestrebungen kennen und verstehen zu lernen. Die Jugend zeigt in dieser Hinsicht die besten Absichten. Einen Beweis hierfür bildet die jetzt zur Ausgabe gelangende Zeitschrift *Brzaski*, die von der Jugend redigiert wird, in welcher sie sich auch an die ältere Generation wendet, da sie das Bedürfnis empfindet, sich mit ihr zu verständigen und mit ihr Hand in Hand zu arbeiten. Möge auch die ältere Generation ihre bisherige Voreingenommenheit gegen die Jugend und ihre Aspirationen ablegen und sich bemühen, sich ihr offen zu nähern; dann wird es vielleicht im Lauf der Zeit gelingen, die sie von der Jugend trennende Kluft zu überbrücken. Hiervon werden beide Seiten Nutzen haben, und die nationale Sache wird einen mächtigen Schritt vorwärts machen.

Aus Nr. 241 des *Orędownik* (Posen)
vom 21. Oktober 1911:

Die Wahlen.

Es verlautet von einer polnischen Wahlbewegung in Schlesien und Westpreußen; aber vom Großherzogtum ist bisher nicht viel zu hören. Nur in Samter hat eine Kreiswählerversammlung stattgefunden, die dem Abg. Grafen Mielzynski das Vertrauen ausgedrückt hat.

Man muß sich das Großherzogtum und die hiesigen politischen Verhältnisse näher ansehen. Es bestehen bei uns fünf parteipolitische Organisationen, obwohl eine von ihnen ihren Parteicharakter nicht eingestehen will. Die älteste und stärkste Partei ist der demokratisch-nationale Verein, unter dessen Standarte die demokratisch-volksparteilichen Elemente einerschreiten. Wir wollen hier jetzt gleich die jüngste Organisation, nämlich die in den Grenzgegenden neuerdings entstandene „nationale Volkspartei“ nennen, deren Tätigkeit sich im Großherzogtum nur über die Nordkreise erstreckt und welche in grundsätz-

lichen Angelegenheiten mit dem demokratisch-nationalen Verein Hand in Hand gehen will. Als „parteilos“ bezeichnet sich der „Nationalbund“; in Wirklichkeit hält er für seine Hauptaufgabe den Kampf gegen den nationaldemokratischen Verein und gegen die selbständige demokratisch-volksparteiliche Bewegung. Mit dem Nationalbund verwandt ist unbilligerweise die sogenannte „Volkspartei“ in Posen. Sie stellt sich trotz ihres Namens „Volkspartei“ der nationaldemokratischen Bewegung entgegen und geht Hand in Hand mit den Herren Karwowski, Drwoski, Lebinski vom „Wielkopolanin“ und „Przegląd Wielkopolski“, auch verachtet sie die Freundschaft des „Goniec Wielkopolski“ nicht.

Von anderem Zuschnitt ist das Bürgerkasino. Es war bis vor kurzem ein geselliger Klub, der sich gegenwärtig in einen politischen umgestaltet. In ihm sitzen fast ausschließlich konservative Landwirte von verschiedener Schattierung, vom gemäßigten an bis zum extremen. Nun muß man diesen Herren eins zugeben; im Gegensatz zu dem Winkelzüge machenden Nationalbund geben sie offen zu, daß sie konservativ sind. Sie fügen aber hinzu: Ebenso, wie wir verlangen, daß unsere Gegner, d. h. die Demokraten, unsere Existenzberechtigung anerkennen und mit uns rechnen, ebenso gestehen wir dem nationaldemokratischen Verein die Existenzberechtigung zu, und wir rechnen mit ihm. Die Mitglieder des Bürgerkasinos sind somit unsere Gegner aus Überzeugung, aber ehrliche Gegner, mit denen sich reden läßt. So geben sie z. B. zu, daß die Opposition gegen die demokratisch-volksparteiliche Bewegung im Wahlkreise Posen-Stadt und die rücksichtslose Bekämpfung des Abgeordneten Nowicki ein schwerer Fehler gewesen sei; denn Posen sei die Hochburg des Demokratismus, und daran sei nichts zu ändern. Nur unnötigerweise sei ein so schrecklicher Zwist hervorgerufen worden. Überhaupt ist das Bürgerkasino im Gegensatz zum Nationalbunde der Nationaldemokratie gegenüber nicht kriegerisch gesinnt, es will vielmehr erträgliche Verhältnisse.

Deshalb hat man sich in letzter Zeit im Bürgerkasino und im nationaldemokratischen Verein überlegt, ob man nicht die Wahlen auf einer einträchtigen Kompromiß-Grundlage durchführen könnte.

Die Sache verhält sich so: Die Konservativen vom Kasino müßten mit den demokratischen Kandidaturen der Herren Nowicki, Wl. Seyda, Dr. Miegolewski, Dr. Trzeczinski und Prälat Stychel sich einverstanden erklären, während wir mit den konservativen Kandidaturen des Fürsten Radziwill und des Herrn v. Morawski einverstanden sein könnten. Es blieben dann noch vier strittige Wahlkreise, von denen die Demokraten zwei verlangen würden, nämlich den kujawischen (jetzt Dr. v. Dziembowski) und den nördlichen, Wirsitz-Schubin, woselbst der Abg. v. Szarlinski nicht weiter kandidieren will. Die Konservativen würden gewiß Anspruch erheben auf den bisherigen Wahlbezirk des Abg. v. Grabski (Gnesen-Witkowo-Wongrowitz), und aus dem bedrohten Wahlkreise Samter-Meseritz u. s. w. dürfte ungeachtet alles Vor-gefallenen der Abg. Graf Mielzynski nicht ausgemerzt werden; denn wir könnten dieses Mandat einbüßen. Es ist an sich sehr unsicher, und dem Grafen Mielzynski kann man agitatorische Fähigkeiten nicht absprechen.

Das wäre eine ziemlich gerechte Mandatsverteilung zwischen den Demokraten und Konservativen. Dabei würde der intrigante Nationalbund ausgesperrt werden. Wenn der nationaldemokratische Verein und das Bürgerkasino schließlich mit einer solchen Verteilung einverstanden wären, und wenn für ein solches Kompromiß die Kreiskomitees im Großherzogtum gewonnen

werden könnten, so könnten sich die Wahlen bei uns ziemlich glatt abwickeln; wir könnten um so mehr Energie auf den Kampf gegen die gemeinsamen äußeren Feinde, die Deutschen und die Sozialisten, aufwenden.

Selbst wenn es jedoch zum Kompromiß kommen sollte, so haben die demokratisch-volksparteilichen Elemente die Pflicht, ihre Überzeugungen in den Hauptwählerversammlungen kräftig zu akzentuieren. Indes verstecken sich viele von denen, welche in früheren Jahren Pfeiler der Volksbewegung gewesen sind, gegenwärtig hinter dem Ofen; sie geben ihren Standpunkt in den Volksversammlungen nicht zu erkennen, gerade, als ob sie politisch gestorben wären. Einem solchen Manne wie dem Grafen Mielzynski z. B. braucht man keine Szenen zu machen, man muß aber ruhig seine Ansicht äußern.

Eine lebendige politische Bewegung kann Kompromisse schließen von Fall zu Fall, wenn sie solche als für die nationale Sache und für sich vorteilhaft erachtet; aber keine lebendige politische Bewegung sollte es zum Vermischen ihrer politischen Züge kommen lassen; sie sollte im Gegenteil beständig an der Vertiefung des politischen Charakters und an der Festigung der politischen Grundsätze arbeiten.

Daran sollten wir auch — und zwar besonders in den Wahlkreisen denken, wo wir der Eintracht halber die Konservativen nicht beseitigen und wo wir größeren oder geringeren Einfluß haben. Wir müssen dort darüber wachen, daß Leute von unfrem Zuschnitt auf der zweiten und dritten Stelle der Listen figurieren. Dazu müssen wir in den Hauptwählerversammlungen uns zum Wort melden und unfren Überzeugungen ent-schieden, wenn auch ruhig, Ausdruck verleihen.

Nie und nirgends dürfen wir die demokratische Standarte vergessen; überall und immer sollten wir die Stärke der Volksbewegung dokumentieren — sowohl in den Verhältnissen des inneren Kampfes, als auch bei dem kompromißmäßigen Gestalten der Vor-wahlaktion. Wir müssen den Kopf oben und Mut im Herzen haben.

In gleichem Sinne äußert sich der Kurjer Poznański in Nr. 243 vom 24. Oktober wie folgt:

... Die Situation ist auf deutscher Seite ge-klärt. Auf polnischer Seite ist soviel bekannt, daß sowohl der nationaldemokratische Verein, als auch die sich um das Bürgerkasino gruppierenden Konservativen eine eintrachtige Vorwahlaktion wünschen und nach einem das ganze Großherzogtum umfassenden Kompromiß streben. Selbstverständlich sind das nur Wünsche und Bestrebungen von politischen Parteien bzw. Richtungen, die entscheidende Stimme haben die Wahlbehörden und die Gesamtheit der Wähler. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß die Bemühungen nach der Richtung hin, eine übereinstimmende politische Plattform bei den Wahlen zu schaffen, bei den maß-gebenden Wahlfaktoren der Anerkennung begegnen werden.

Soweit es sich um das Großherzogtum handelt, werden anscheinend in der Mehrheit der Wahlkreise Änderungen in der Besetzung der Abgeordneten-sitze nicht eintreten. Von den gewöhnlich strittigen Wahlkreisen ist vor allem der kujawische zu nennen, woselbst sich weder die Demokraten schärferer oder maßvollerer Tonart, noch angelegene konservative Herrn Dr. v. Dziembowski wünschen. Wir bemerken, daß in Kujawien in den Städten und auf dem Lande das demokratische Element überwiegt.

In dem am meisten bedrohten nördlichen Wahl- kreise Wirsiß-Schubin überwiegt in den Wahlkomitees, soweit wir unterrichtet sind, die Ansicht, daß der

populärste Kandidat der Landtagsabgeordnete Propst Kurzawski wäre.

In dem gleichfalls unsicheren Wahlkreise Samter-Mejeritz—Obornik weist die Situation auf die Kandidatur des Abg. Grafen Mielzynski hin, dessen Abgeordneten-tätigkeit in den letzten Jahren wir mehrfach scharf kritisiert haben, dem jedoch jeder zugestehen muß, daß er sich um die Eroberung dieses Mandats große Ver-dienste erworben hat und daß er sich durch ein ungewöhnliches, agitatorisches Talent auszeichnet.

Auf das Mandat für Gnesen—Wongrowitz—Witkowo hat der Abg. v. Grabzki verzichtet. Infolge- dessen hat man besonders in den beiden letztangeführten Kreisen an die Kandidatur des Abgeordneten des Kaschubischen Wahlkreises v. Santa-Polczynski gedacht. Indes scheint sich der Gnesener Kreis dieser Kandidatur gegenüber ziemlich ablehnend zu verhalten, und wir haben gehört, daß man den Abg. v. Grabzki noch werde erbitten können, wiederum zu kandidieren. Die Sache wäre um so weniger verwickelt, als sich für die erneute Kandidatur des Abg. v. Santa-Polczynski im Wahlkreise Putzig—Neustadt—Karthaus entschieden die Gazeta gdanska erklärt, indem sie zu erwägen gibt, daß ein Wechsel in der Kandidatur in der Kaschubei angesichts der gegenwärtigen Situation für die nationale Sache gefährlich wäre. Tatsache ist, daß man sich in der Kaschubei laut über den Mangel an Agitation beklagt. Manche sehen den bisherigen Abgeordneten nicht gern, weil er zu wenig dazu beigetragen hat, den nationalen Geist in der Kaschubei zu beleben; andere wenden sich mit der Gazeta Gdanska kritisierend an die Adresse der Kreiswahlbehörden. Es handelt sich weniger darum, zu erörtern, wer in der Vergangenheit die Schuld hatte, wenn man nur in Zukunft mehr Initiative und Rührigkeit an den Tag legte.

Aus Nr. 243 des Postep (Posen)
vom 24. Oktober 1911:

Reichstagswahlen.

Der Termin zu den Reichstagswahlen ist noch nicht festgesetzt, das eine steht jedoch fest, daß die Wahlen zu Ende dieses oder zu Anfang nächsten Jahres stattfinden werden. Die verschiedenen Parteien in Deutschland bereiten sich schon für die Wahlen vor, ja man hat schon die Kandidaten der verschiedenen Parteien für die einzelnen Bezirke bestimmt.

In unserem polnischen Landesteil hat die Wahl- bewegung — mit Ausnahme von Oberschlesien — noch nicht begonnen.

Bei allen Wahlen spielen die polnischen Kandidaten die Hauptrolle und sie sind es, um welche sich die ganze Angelegenheit dreht. In unserem Großherzogtum hat man allerdings an die Wahlangelegenheit in größerem Umfange noch nicht gedacht. Im engeren Kreise jedoch hat man schon über die Wahlen und besonders die Personen der künftigen Kandidaten debattiert. In dieser Beziehung verständigten sich gegenseitig die nationaldemokratische Partei und das Bürgerkasino, dem besonders Grundbesitzer, welche in unseren Verhältnissen die konservative Partei bilden, angehören.

Diese beiden Lager haben sich also über die künftige Zusammensetzung der polnischen Abgeordneten unserer Provinz verständigt und zwar zu diesem Zweck, in den künftigen Wahlen unnötigen Streitigkeiten über die Kandidaten aus dem Wege zu gehen.

Das bedeutet einen großen Schritt vorwärts in unserem politischen Leben, denn früher ernannten die Kandidaten die sogenannten Konservativen, d. h. die

Schlachta und die Geislichen; die politisch sich immer mehr schulenden Kreise des Bürgertums und des Volkes dagegen standen abseits und hatten nur den Befehlen der ersteren zu gehorchen. Diese Sache fing schon längst vor der Entstehung der Volksbewegung an, sich zu ändern, und das Volk begann oft mit Gewaltmitteln seinen politischen Überzeugungen Geltung zu verschaffen. Man hat oftmals erbitterte Wahlkämpfe um die Abgeordnetenmandate geführt, denn unsere bisherigen politischen und sozialen Führer blieben hartnäckig an ihren Kandidaten und ihren politischen Vorurteilen hängen.

Das Resultat dieser Kämpfe war die Entstehung der Volksbewegung, die mit der Zeit mit der nationaldemokratischen Partei zusammengelassen ist. Später entstand auch im Schoße unserer Grundbesitzer eine politische Organisation. Die eine wie die zweite Partei bleibt ihren Grundsätzen treu, was jedoch ein gemeinsames Beraten über die Kandidaten nicht ausschließt. Dieses ist nun auch geschehen. Also die konservative Partei hat es über sich gebracht, mit den Volksparteilern über die wichtigsten politischen Fragen zu unterhandeln, und sich nicht, wie früher, aufs Schimpfen zu verlegen, daß die Volksparteiler die Gesamtheit in zwei Lager, in Parteien spalteten. Man wollte die breiten Volksmassen als gleichberechtigte Faktoren in Wahl- und politischen Angelegenheiten nicht anerkennen.

Die gegenwärtige konservative Organisation ist den früheren Fußstapfen nicht gefolgt, sondern sie hat sich gesagt, daß man die Angelegenheit der Mandate mit der nationaldemokratischen Partei zuerst besprechen könne, was der polnischen Gesamtheit nur Nutzen bringen werde. Man hat von beiden Seiten eine Delegation gewählt, die sich in dieser Beziehung verständigt haben und zu einem günstigen Resultat gekommen sind. Die von den Delegationen gefaßten Beschlüsse werden noch von den Kreis Komitees und den Wählern, welche die letzte Entscheidung zu treffen haben, bestätigt. Man hat sich gegenseitig Konzessionen gemacht. Zum Teil hat man die gegenwärtigen Abgeordneten, wie die Herren Nowicki, Rechtsanwalt Ladislaus Seyda, Dr. Niegolewski, Dr. Trzinski, Prälaten Sychel, Fürsten Radziwill und Morawski beibehalten. Die Volksparteiler erklärten sich sogar mit der Kandidatur des Grafen M. Mielzynski einverstanden, obwohl er aus den Reihen der Demokraten schändlich desertierte. Und sie erklärten sich mit der Kandidatur deswegen einverstanden, weil der Wahlbezirk, welchen Graf Mielzynski vertritt, für das Polentum sehr gefährdet ist. Sie taten dies also mit Rücksicht auf die nationalpolnische Sache, weil es ihnen bekannt ist, daß Herr Graf Mielzynski sich diesen Bezirk erarbeitete und im Falle der Nichtannahme seiner Kandidatur der Wahlbezirk für die Polen leicht verloren gehen könnte. Die Volksparteiler stellen demnach die nationale Sache über das Parteiinteresse, obwohl man den Volksparteilern oft mit Unrecht die gegenteilige Handlungsweise vorgeworfen hat.

Nur gegen einen Kandidaten, d. h. den Abgeordneten von Dziembowski erklärten sich die Volksparteiler ganz entschieden, weil sie genau wissen, daß auch die kujawischen Wähler ihn nicht mehr haben wollen. Es muß anerkannt werden, daß man auch auf der anderen Seite für die Kandidatur des Rechtsanwalts Dziembowski nicht sehr begeistert war.

In den letzten Tagen tauchte die Kandidatur des Herrn Janta-Pelczynski, des bisherigen Abgeordneten von Westpreußen auf. Janta-Pelczynski will in Westpreußen nicht mehr kandidieren, er wird von gewisser Seite für den Wahlbezirk Gnesen—Wongrowitz vorgeschlagen. Die Delegierten beschäftigten sich nicht mit diesem Kandidaten. Der Gnesener Lech ist ent-

schieden gegen diese Kandidatur, auch wir können uns für Herrn Janta-Pelczynski nicht so sehr erwärmen, weil er immer zu den Gegnern der Volksbewegung zählte und wiederum so hervorragende Fähigkeiten nicht besitzt. Diese Angelegenheit wird noch näher besprochen werden müssen, weil auch das Bürgerkassino anfänglich eine viel sympathischere Kandidatur für den Gnesener Bezirk in Vorschlag gebracht hatte. Hat man in letzter Zeit die Meinung geändert, so hat man schlecht gehandelt. Wir wissen es, daß man manchmal Höflichkeitsdienste erweisen muß, doch in der Politik, wo es um wichtige Sachen geht, dürfte dieses nicht angebracht sein.

Zu der Wahlangelegenheit werden wir noch zurückkehren und sie erschöpfend behandeln, so daß so manches sich noch aufklären wird. Wir haben vorläufig nur das gebracht, was man in den zwei politischen Organisationen im Prinzip beschlossen hat.

Aus Nr. 240 des Lech (Gnesen)
vom 19. Oktober 1911:

Das Mandat im Kreise Gnesen—Wittkowo—Wongrowitz.

Wir erfahren, daß die Komitees in Wittkowo und Wongrowitz die Absicht haben, bei den kommenden Wahlen zum Reichstage den bisherigen kaschubischen Abgeordneten Herrn Janta-Pelczynski aus Zabiczyn als Kandidaten durchzubringen. Das Gnesener Komitee wird sicherlich eine andere Haltung einnehmen, es wird aber wahrscheinlich in der Minderheit bleiben. In unserem Bezirk haben dank dem neuen Wahlregulativ die konservativen Elemente das Übergewicht, sie werden also mit bekannter Rücksichtslosigkeit die konservative Kandidatur durchbringen. Wir sind uns darüber klar, daß die völkisch-demokratischen Elemente nicht imstande sein werden, ihre Kandidaten durchzubringen. Wir müssen uns also mit dem Gedanken versöhnen, daß unsern Bezirk im Reichstage ein Abgeordneter vertreten wird, der sich zum konservativen Lager zählt.

Wenn dies schon sein soll, so haben wir doch das Recht, zu fordern, daß unser Vertreter alle Qualifikation eines Abgeordneten und Bürgers hat. Dies kann man von Herrn Janta-Pelczynski leider nicht sagen. Wenn ihn sein bisheriger Bezirk, den er so viele Jahre vertreten hat, nicht mehr als Abgeordneten haben will, weshalb soll denn gerade unser Gnesener Bezirk einen Zufluchtsort für jemanden bilden, der lieber in ländlicher Zurückgezogenheit still sitzen sollte, anstatt die Hand nach einem Abgeordnetenmandat auszustrecken! Wir sind davon fest überzeugt, daß, falls die Komitees in Wittkowo und in Wongrowitz auf der Kandidatur des Herrn Janta-Pelczynski bestehen werden, unser Bezirk zum Schauplatz unangenehmer und ärgernis erregender Wahlkämpfe werden wird, wie wir sie bis jetzt hier nicht gekannt haben.

Mögen unsere Konservativen daran denken, daß ein allzu straff gespannter Bogen leicht springen kann. Sie müssen sich auch darüber klar werden, daß es noch durchaus kein Beweis dafür ist, daß sie die Vertreter und Verkünder der Anschauungen der Mehrheit der Wähler im Bezirk sind, weil sie durch den zufälligen Lauf der Dinge heute in unserm Bezirk die Gewalt hinsichtlich der Wahlen in Händen haben. Wir hegen auch die Hoffnung, daß die Wahlkomitees mit den Wünschen der völkischen und demokratischen Kreise rechnen und die ihnen anvertraute Gewalt nicht mißbrauchen werden, weil dadurch die gesamte Sache Schaden leiden müßte.

Aus Nr. 242 des Dziennik Poznański
vom 22. Oktober 1911:

Erst vor einigen Tagen fanden im deutschen Reichstage die Verhandlungen, betreffend die polizeilichen Schikane und Übergriffe bei der

Sandhabung des Vereinsgesetzes

statt. Von Rechts wegen konnte es somit scheinen, daß infolge der seitens einer ganzen Reihe von Rednern erhobenen Klagen die zuständigen Behörden den untergeordneten Polizeiorganen Weisungen erteilen würden, wie das Recht der Überwachung von Vereinen und Versammlungen auszuüben sei. Es zeigt sich jedoch, daß eine solche Annahme eine Täuschung ist. Das Vereins- und Versammlungsgesetz spricht das Seine, die Polizei tut das Ihre. Das beweist u. a. der nachstehende Fall, von dem man uns aus Grätz berichtet.

Zu gestern war nach Grätz eine allgemeine Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins für die Vereine Grätz, Neutomischel und Bomst einberufen. Die Tagesordnung war folgende: 1. Laufende Angelegenheiten. Referent: der Vorsitzende, Frhr. v. Zoltowski. 2. Hornviehmast. Referent: Herr Gieselski-Gozdzichowo. 3. Die Privatversicherung der Wirtschaftsbeamten, Förster usw., im Gegensatz zur staatlichen Versicherung. Referent: Herr Gutsche-Granowo. 4. Anträge der Mitglieder. 5. Themen für die künftige Versammlung.

Der landwirtschaftliche Verein hat bekanntlich mit der Polizei nichts gemein. Auch die Tagesordnung umfaßte lauter berufliche Sachen. Indes erschienen kurz vor Eröffnung der Versammlung zwei Polizeibeamte, welche erklärten, sie würden die Versammlung überwachen, wenn die Verhandlungen in deutscher Sprache stattfänden; sie würden aber die Versammlung auflösen, wenn die Teilnehmer polnisch sprächen. Natürlich mußte man sich unter solchen Bedingungen der „höheren Macht“ fügen und die Versammlung auflösen.

Nicht genug damit. Als einer der Versammlungsteilnehmer die Anwesenden in seine Privatwohnung einlud, um dort die weiteren Schritte in dieser Sache zu beraten, erklärte der Vertreter der Polizei, er werde auch diese Versammlung für eine öffentliche ansehen und sie für den Fall auflösen, wenn die Beratungen in polnischer Sprache sich vollziehen würden.

Unjres Erachtens bildet das Vorgehen der Gräzer Polizeiorgane eine krasse Überschreitung der ausdrücklichen Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Vereine und Versammlungen, welches alle Fachvereine und Versammlungen von der polizeilichen Überwachung ausschließt. Der landwirtschaftliche Verein ist aber ausschließlich ein Fachverein. Gewiß, dem Verein steht das Recht zu, in dieser Sache an das Verwaltungsgericht zu appellieren; doch muß erwogen werden, daß das endgültige Urteil besten Falls nach einigen Monaten ergeht. Während dieser Zeit kann das eigenmächtige Vorgehen der Polizei jede Tätigkeit, sogar der Fachvereine, hemmen. Abgesehen davon ist das, soviel wir wissen, der erste Fall, in welchem die Polizei gegen die Beratungen eines landwirtschaftlichen Vereins vorgeht.

Aus Nr. 20 des Kupiec (Posen)
vom 16. Oktober 1911:

Allgemeine Versammlung der Kaufleute.

Mit dem Beginn der Wintersaison lebt in unseren Vereinen und Verbänden die Bewegung wieder auf. Mit der Einberufung allgemeiner Versammlungen der

Kaufleute, befaßte sich in seiner letzten Sitzung der Vorstand des Verbandes kaufmännischer Vereine.

Wir haben uns immer lebhaft mit der Sache befaßt, weil wir sie in den heutigen wirtschaftlichen Existenzverhältnissen für ein unabweisbares Bedürfnis erachten, um nach Ähnlichkeit anderer Stände, wenigstens einmal im Jahre eine allgemeine Versammlung der Kaufleute zu veranstalten.

Die Großgrundbesitzer, Bauern, Gewerbetreibende, Genossenschaften und Arbeiter haben regelmäßig alle Jahre ihre Hauptversammlungen, nur die Kaufleute nicht, die sich nur hin und wieder in ihren Vereinslokalen zu mehreren versammeln und über ihre Lage beraten.

Wir müßten die Sache betreffs der Versammlung der Kaufleute einen großen Schritt vorwärts zu bringen suchen, und zwar in der Weise, daß nicht nur selbstständige Kaufleute zusammenkommen, sondern daß zur gemeinsamen Beteiligung auch die Bruderorganisationen und zwar der Verband polnischer reisender Kaufleute, die Vereinigung junger Kaufleute, der Verband der Fabrikanten, der Verband der Industrievereine und Delegierte anderer unserer wichtigen Verbände, wie der landwirtschaftliche Zentralverein usw. eingeladen werden. Eine solche Versammlung würde den Charakter einer Versammlung der gegenseitigen Verständigung haben, daher müßten auf die Tagesordnung entsprechende Referate gesetzt werden, welche alle vertretenen Organisationen interessieren und vereinigen werden. Durch genaue Beobachtung unserer Sache, können wir feststellen, daß in den letzten zwei Jahren alle unsere Organisationen sich bedeutend einander genähert haben und daß wir in unseren Bestrebungen immer mehr Hand in Hand gehen.

Gerade eine solche Versammlung würde desto mehr zu einem einmütigen Auftreten und zur gemeinsamen Tätigkeit in den wichtigen sozialwirtschaftlichen Fragen beitragen. Eine allgemeine Zusammenkunft erachten wir für sehr notwendig, denn unsere Kaufmannschaft, die sich an der Grenze niederließ, hat gar keinen Zusammenschluß mit unserem Zentralleben, sie ist abgeschlossen und da sie in anderer Umgebung lebt, so kann sie mit der Zeit für unseren Kern verloren gehen, deshalb müßten zur allgemeinen Versammlung nicht nur organisierte Kaufleute, sondern alle, welche sich als Teil des polnischen Ganzen fühlen, erscheinen. Wir geben unsere Gedanken zur Erwägung und hoffen, daß unsere gesamten Kaufleute die Wichtigkeit des Projektes verstehen und es in die Tat umwandeln werden.

Aus Nr. 21 der Gazeta dla Kobiety (Posen)
vom 22. Oktober 1911:

Unter der Spitzmarke

„Frauenbewegung“

schreibt das Organ des Verbandes der Vereine erwerbstätiger Frauen Gazeta dla Kobiety u. a. folgendes:

Die Frauen streben nach Gleichberechtigung auf politischem Gebiete, sie wollen die Abgeordneten wählen und selbst zu Volksvertretern gewählt werden. Die Frauen mancher Völker haben sich dieses Recht schon erkämpft.

Bei uns in Polen ist dieser Kampf, wie der um alles andere, schwerer, aber in den anderen Landesteilen, namentlich im russischen, ist die Frauenbewegung hinsichtlich der Gleichberechtigung etwas erleichtert, denn diese Bewegung ist nicht ausschließlich national. Frauen, welche die Kinder polnisch beten und singen lehren, müssen daselbst Geldstrafen zahlen es gehen auch in die Gefängnisse diejenigen, die gute Bücher und Zeitungen verteilen oder ihre Vaterlands-

liebe frei und offen bekennen. Den Frauen, die zugleich mit den Männern um gleiche politische Rechte kämpfen, kommt die russische Regierung bei der Agitation fast garnicht in den Weg. In Galizien haben sie ebenfalls freie Hand, obgleich daselbst die Hälfte der Frauen noch nicht lesen kann.

Nur bei uns in Preußen gibt es noch keinen Kreis von Frauen, die zugleich mit den Männern um die politischen Rechte kämpfen würden. Zu Zeiten werden jedoch Stimmen laut, die mit dieser Bewegung bei uns den Anfang machen möchten, und erst vor kurzem wurde eine solche Stimme, wenn auch nicht unter Nennung des Namens, von einer Posener Tageszeitung veröffentlicht.

Diese Stimme hat bis jetzt einen öffentlichen Widerhall nicht gefunden, weil aber unsere Gazeta dla Kobiet ihre Leserinnen über alle wichtigen Sachen informieren soll, über alles das, was unter uns vorgeht, wollen wir auch über diese Stimme etliche Worte sagen.

Jene ungenannte Dame ist im Prinzip der Meinung, daß sich die planmäßige Arbeit hinsichtlich der Gleichberechtigung der Frauen mit der allgemeinen Strömung unserer Sonderstellung nicht vertrage.

Sie meint auch, die Frauen in allen Frauenvereinigungen hätten sich davon überzeugt, daß unsere weiblichen Organisationen nicht richtig funktionierten, daß unsere Frauenvereine an den Sieg der sogenannten Frauenvereine garnicht dächten. Die Stimme sagt noch mehr, denn sie behauptet, und zwar zu unrecht, daß die intelligenten Frauen, d. h. die gebildeten und wohlhabenderen, die sogenannten Damen, in den gegenwärtigen Organisationen keine gemeinsame Idee bei den werktätigen Frauen fänden. Die Stimme klagt darüber, daß jene gebildeteren und wohlhabenderen Frauen es vorzögen, abgesondert zu leben und den Vereinen nicht beizutreten, sie arbeiten nur in dem begrenzten Kreise ihrer allernächsten Umgebung oder sie zögen sich von der Arbeit völlig zurück.

Die Stimme fordert die Frauen auf, sich schließlich daran zu machen, die Frage der Gleichberechtigung der Frauen kennen zu lernen und alles das zu tun, was die Frauen anderer Länder tun, was sie bereits erreicht haben und was sie zu erreichen noch beabsichtigen.

Die Stimme geht noch weiter, denn sie will, die Frauen möchten Anteil nehmen an der politischen Arbeit, da sie andernsonst in der Hand der Demagogen und Parteispekulanten zum passiven Werkzeuge würden. Die Stimme gibt sich der Hoffnung hin, daß diese Lösung der politischen Gleichberechtigung die polnischen Frauen zu gemeinsamer sozialer Arbeit vereinigen und daß sie die unter unseren Frauen bestehenden Gegensätze ausgleichen werde.

Manch einer unserer Leserinnen wird diese ganze Sache gleichgiltig sein, so manch eine wird sich sagen: Mir genügen die Aufgaben meines Vereins schon. Eine andere wiederum wird sagen: Warum soll ich mich mit der Politik befassen, wenn mir die Sache doch so fern liegt; ich halte mich an das, was mir am nächsten liegt. Eine dritte wiederum wird sagen: Wenn jetzt die Wahlen kommen, dann werde auch ich mit dem Bruder zur Wählerversammlung gehen, vielleicht werde ich auch etwas lernen. Eine andere dagegen wird sagen: Vielleicht befassen sich die Damen aus unseren Patronaten mit dieser Sache, denn sie haben mehr Zeit dazu als wir und sind gebildeter als wir.

Und so manch eine vom Verein der weiblichen kaufmännischen Jugend oder vom Verein der Konfektionsarbeiterinnen wird einwenden: Wozu wieder ein neuer Verein, gehöre ich doch auch dem „Auschuß für soziale Bildung“ an, der in unserem Verbande besteht, ich besuche diese Versammlungen, höre daselbst

die verschiedensten Sachen und habe mich aus diesen Referaten über viele Sachen belehren lassen.

Jede dieser Leserinnen kann recht haben, aber am nächsten der Wahrheit wird die letzte stehen. Denn zunächst wird es gut sein, wenn wir das Wesen des sozialen Organismus, die allgemeinen Einrichtungen kennen lernen, und dann erst, wenn wir mit einem solchen Vorrat von grundlegendem Wissen ausgestattet sind, können wir den Frauen alle Rechte zuerkennen — und wäre es auch der Militärdienst.

Wir bringen jene Stimme zum Abdruck, um unsere Leserinnen zum Nachdenken anzuregen, stellen aber unsererseits über die Stimme die nachstehenden Betrachtungen an:

Diejenigen Frauenkreise, die in der Tat nicht wissen, worüber sie in den Versammlungen sprechen sollen, oder die ihre Ziele nicht erreichen, sollten ihre Satzungen ändern.

Wenn es bei uns schon seit drei oder vier Jahren so viele Anhängerinnen der politischen Gleichberechtigung gibt, dann mögen sie, ohne sich nach jemandem umzusehen, aufhören zu sprechen und endlich zur Tat übergehen, denn das Beispiel ist stets besser als der Rat.

Aber wir wollen hier noch eins sagen! Gleiche Rechte mit den Männern werden nur die Polinnen erreichen, welche dieselben Pflichten werden erfüllen können wie die Männer.

Für viele dieser Pflichten ist bei den Frauen mehr Bildung erforderlich.

Einen Kreis von Frauen, die sozial und politisch geschult sind, wird erst das künftige weibliche Geschlecht schaffen — es wird ihr Schaffen ein rationeller und planmäßiger Unterricht, eine gründliche Bildung.

Weder unsere gegenwärtigen Stimmen noch unsere gegenwärtigen Organisationen werden ihn schaffen.

Nicht mit einem Male ist Krakau erbaut worden.

Aus Nr. 240 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 21. Oktober 1911:

Die Pest des Verschacherertums greift immer mehr um sich. Man schreibt uns aus Lubin, Kreis Kosten, folgendes:

Vor einigen Tagen lasen wir in der Gazeta Polska, daß ein Stück polnisches Land in Lubin in Gefahr sei, in deutsche Hände überzugehen. Dieses Land ist jedoch dank unseren Bemühungen im letzten Augenblick gerettet worden. Indes droht der Wirtschaft, die W. Kordel, welcher in Herne wohnt, von seinen Schwiegereltern Dwczarczak geerbt hat, eine neue Gefahr. Kordel ist mit einem Deutschen schon soweit einig geworden, daß der Kontrakt jederzeit geschlossen werden kann. Soweit mir bekannt ist, ist bei der ganzen Angelegenheit die Schwiegermutter des K., die angeblich zwischen dem Schwiegersohn und jenem Deutschen vermittelt, die Haupttriebfeder. Diese Frau gilt als sehr fromm und gehört dem Tertiärorden an, und doch zaudert sie nicht, ein Stück Land mit Schaden für die katholische Pfarochie zu verkaufen.

Ein hiesiger Pole, welcher diese Wirtschaft kaufen wollte, schrieb in dieser Angelegenheit an Kordel nach Herne, erhielt aber erst gar keine Antwort. Angesichts dessen wende ich mich an die Stammesbrüder in Herne, den Kordel von der Schacherei, die ein nationaler Verrat ist, abzuhalten. — Zum Schluß appelliert unser Korrespondent an die öffentliche Meinung,

den Verschacherern gegenüber die schärfsten Mittel, — und zwar so scharfe Mittel anzuwenden, daß wir diese hier gar nicht erwähnen können.

Aus Nr. 237 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 17. Oktober 1911:

Die Diplomatie des Samterischen Propstes.

Samter, 15. Oktober.

Angeichts der heutigen antireligiösen Strömungen trägt jede religiös-kirchliche Kundgebung zur Hebung des religiösen Sinnes und zur Festigung des Glaubens bei. Von dem Geist des Glaubens und der Frömmigkeit angewehrte Geistliche benutzen auch jede Gelegenheit, um diesen Glauben und die religiöse Moral aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zwecke veranstalten sie Parochialmissionen und sie benutzen die bei der Einweihung von Kreuzen und Muttergottes- sowie Heiligenfiguren gebotene Gelegenheit. Die Einweihung dieser Sinnbilder unseres Glaubens findet auch gewöhnlich mit großer Feierlichkeit statt.

Auch eine solche Feier der Einweihung einer Muttergottesfigur auf dem Klosterkirchhof bereitete sich unsre ganze Parochie vor. Vor einigen Monaten hatte ein Sturm die Muttergottesfigur umgestürzt. In schmerzlichem Echo erbehten die Herzen der Samterischen Parochianen bei dieser göttlichen Heimsuchung; es regnete Spenden für eine neue Muttergottesfigur, um dieser himmlischen Königin und Königin der polnischen Krone eine Huldigung darzubringen. Ein schöner und rührender Augenblick, aber nicht für Samter. Aus unbegreiflicher und unverständlicher Ursache weihte Propst Grzybowski diese Figur eines Abends im Stillen. Nur der Kirchendiener und ein einziger alter Landmann waren bei diesem Akte zugegen. Die Parochianen sind erbittert. Sie wissen, daß dies wiederum aus „Diplomatie“ geschehen ist, um die Deutschen und die Juden, besonders den Landrat, nicht zu „reizen“.

Aus Nr. 240 des Lech (Gnesen)
vom 19. Oktober 1911:

Kowalew, im Oktober 1911.

Geehrte Redaktion!

Nach dem Lesen des Artikels im Lech, „Nachgiebigkeit der geistlichen Behörde gegenüber der Regierung“, muß ich leider bestätigen, daß die geistliche Behörde häufig Geistliche versetzt, die von den Parochianen geachtet und geliebt werden, und jene am Orte beläßt, denen die Parochianen weder Achtung noch Vertrauen entgegenbringen, wie dies in unserer Parochie der Fall ist. Im Jahre 1908 wandte sich eine Deputation des Kirchenvorstandes und der Repräsentation an das Konsistorium, brachte eine Reihe von Klagen gegen den Propst Lorenz aus Kowalew vor, und bat um einen Wechsel in der Leitung der Parochie. Trotzdem drei Jahre seit dem Augenblick verflossen sind, in welchem der Domherr Goebel der Deputation versprach, daß ein Wechsel unverzüglich erfolgen würde, hat man dies Versprechen bis jetzt nicht gehalten. Es regnete Klagen gegen den Geistlichen Lorenz, aber sein kurzer Name genügte, um die Sache totzumachen. Propst Lorenz fürchtet nicht die Beschwerden beim Defan, denn — wie er sagt — nicht der Defan regiere in der Parochie, sondern er selbst, und auf die Mitteilung, daß die Parochie sich an das Konsistorium wenden würde, lacht er nur höhnisch und zuckt mit den Achseln. Er fühlt sicherlich mächtige Beschützer hinter sich, die ihn dafür belohnen und in Schutz werden

nehmen müssen, daß er bei den Landtagswahlen sich der Abstimmung enthalten hat.

Die Zwistigkeiten begannen, als das Pfarrhaus vergrößert wurde und Propst Lorenz die Steuerrepartition nicht auslegen wollte. Deshalb bezahlte auch nur ein Teil die Steuer. Hinsichtlich des Restes beantragte Propst Lorenz beim Landrat die zwangsweise Beitreibung der Steuer. Es kam damals ein Beamter des Herrn Landrats aus Pleschen und zog die Abgaben ein. Ein Teil der Parochianen bezahlte die Steuer aus Furcht vor der Zwangsvollstreckung, andere dagegen erhoben Einspruch gegen die Repartition und die Sache endete damit, daß man den Parochianen das Geld zurückgeben mußte.

Propst Lorenz nutzt nun die Predigten dazu aus, die Parochianen zu quälen, indem er sich ihnen gegenüber höchst unpassender und verletzender Ausdrücke und Redewendungen bedient. Es sind auch Fälle vorgekommen, in welchen er, zu Kranken gerufen, nicht gleich fuhr, wie man ihn gebeten hatte, sondern nach seinem Gutdünken. Das letzte Mal, als man ihn verschiedentlich bat, zu dem an einer Nierenkrankheit leidenden Bauern G. aus Suchorzewo zu kommen, befahl er, ihn am nächsten Morgen holen zu lassen. Gegenüber einem derartigen Verhalten des Propstes Lorenz kann man sich nicht wundern, daß das Verhältnis zwischen den Parochianen und dem Propst ein sehr gespanntes ist. Man müßte wünschen, daß die kirchliche Behörde auf diese oder jene Weise dafür Sorge trägt, in der Parochie Frieden zu stiften, wodurch nur ihr Ansehen und das Interesse der Kirche gewinnen würde.

Aus Nr. 243 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 24. Oktober 1911:

Mißbrauch des Stockes in der Schule.

In der Stadtschule in der Allerheiligenstraße ist ein Fall vorgekommen, welcher beweist, daß der Stock in der Schule noch eine große Rolle spielt, wovon uns durch Augenschein zu überzeugen wir Gelegenheit gehabt haben. In unsre Redaktion brachte man einen siebenjährigen Knaben aus der VI. Klasse geführt, den einer der Lehrer der erwähnten Schule in einer Weise geschlagen hat, die entschieden die Grenze des Erlaubten überschreitet. Der arme Junge hatte auf dem Kopfe einige ziemlich große Beulen, bei deren Berührung er große Schmerzen verspürte. Außerdem haben wir auf seinem Kopfe noch einige blutunterlaufene, von Stockschlägen herstammende Striemen festgestellt. Der Knabe heißt Anton Kwiakowski und ist in Erziehung bei einem Posener Verwandten. Der Vater weilt in Westfalen. Wir haben dem Vormund des gezüchtigen Knaben geraten, sich an einen Arzt zu wenden und sodann die weiteren Schritte zu tun, um den gewissenlosen Lehrer darüber zu belehren, daß es sich nicht ziemt, in solcher Weise Kinder zu mißhandeln.

Aus Nr. 10 des Przegląd Oswiatowy (Posen)
vom 1. Oktober 1911:

Tagesordnung der III. Hauptversammlung des polnischen Volkslesevereins in Posen, welche am 13. und 14. November 1911 in Posen stattfindet.

1. Tag.

I. 1. Eröffnung der Hauptversammlung und gleichzeitig der ersten Plenarsitzung durch den Vorsitzenden

des polnischen Volkslesevereins um 5 Uhr nachmittags im großen Saale des katholischen Vereinshauses in Posen. Wahl des Marschalls, dessen Stellvertreters, der Schriftführer und der vier Beisitzer.

2. Feststellung der Legitimation.

3. Wahl der Mitglieder zur Kommission:

- a) zur Berichterstattungskommission (wird eröffnen Propst Ludwig Rochowski aus Moncznit);
- b) zur Organisationskommission (wird eröffnen Herr Karl Sczaniecki aus Posen);
- c) zur Bibliothekskommission (wird eröffnen Herr Dr. St. Michalski aus Posen);
- d) zur Finanzkommission (wird eröffnen Herr Dr. B. Kapuscinski aus Posen);
- e) zur Vortragskommission (wird eröffnen Herr Rechtsanwalt Bernhard v. Chrzanowski aus Posen).

4. Referat: Volkstümliche Bücher und andere volkstümliche Druckschriften. Referent Herr Dr. Stephan Michalski aus Posen.

5. Berichterstattung der Revisionskommission und Antrag um Erteilung der Entlastung des Kassierers des polnischen Volksbibliothekenvereins.

6. Schließung der ersten Plenarsitzung.

II. Von 8¹/₂ Uhr an Arbeiten in den Kommissionen.

2. Tag.

I. 1. Eröffnung der zweiten Plenarsitzung um 9 Uhr vormittags.

2. Referate und Resolutionen der Organisations-, Bibliotheks-, Finanz-, Vortrags- und Berichterstattungskommission.

3. Referat: Billige Volksbücher und Bilder und unsere Industrie und unser Handel. Referent Herr Rechtsanwalt Bernhard v. Chrzanowski aus Posen.

4. Referat: Volksunterhaltungsabende und theatralische Vorstellungen als Mittel der Aufklärungsarbeit.

5. Schließung der zweiten Plenarsitzung.

II. 1. Eröffnung der dritten Plenarsitzung um 3 Uhr nachmittags.

2. Wahl des Hauptvorstandes und der Revisionskommission.

3. Anträge ohne Beschlüsse.

4. Referat: Volksvorträge mit Lichtbildern, Grundsätze und Technik (mit Demonstrationen). Referent Geistlicher A. Wisiecki aus Posen.

5. Schluß der Hauptversammlung.

Aus Nr. 126 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 21. Oktober 1911:

**Jahresbericht des Volksbibliothekenvereins
für den Bezirk Ostrowo.**

I. Allgemeines.

Haben wir im Vorjahre an dieser Stelle den Bericht über den ganzen Bezirk mit einer gewissen Furcht vor der Gesamtheit veröffentlicht, so bedrückt uns in diesem Jahre diese Furcht nicht mehr. Der Fortschritt ist allgemein sichtbar. Die Kreiskomitees haben die Wichtigkeit des Volksbibliothekenvereins begriffen und arbeiten gemäß ihrer materiellen und geistigen Kräfte.

Im vorjährigen Bericht konnten wir mit statistischen Daten nur von 3 oder 4 Kreisen dienen, gegenwärtig ist es ganz anders. Weist der Kreis Koschmin keine Ziffern auf, so kommt das daher, daß der Vorsitzende den Bericht zur vorgeschriebenen Zeit absandte, ohne die Berichte der Bibliothekare abgewartet zu haben, während die anderen Kreise ihre Berichte ganze sechs Wochen später einsandten.

Im Jahre 1910/11 erfolgte die Reorganisation des Komitees des Kreises Kempen. Der neue Vorsitzende ist seiner Aufgabe voll und ganz gewachsen.

Nur ein Kreis, der Kreis Adelnau, hat außer der Parochie Jankow, wo der dortige Delegierte mit Hilfe des Bezirksvorstandes eine neue Bibliothek gründete, nichts gemacht. Die Ziffern im Bericht betreffen nur die Parochie Jankow. Die anderen Komiteemitglieder haben die Volksbibliothekensache vollständig vernachlässigt.

II. Bericht über die Bibliotheken.

Kreis	Vorsitzender	Bibliotheken vorhanden	Im Jahre 1910/11 neu ge- gründet	Bücher vor- handen	Lesende	Aus- geliehen	Bemerkungen
Kempen	Karlowski	22	1	?	1038	10 086	
Schildberg . . .	Geistl. Szulc	25	6	3745	1625	26 617	
Ostrowo	Geistl. Kowalczyk	55	6	6762	2450	49 560	Von 12 Bibliotheken fehlt der Bericht.
Adelnau	?	13	5	(311)	(322)	(3 358)	Den Bericht sandte uns der Bezirk Jankow ein.
Protoschin . . .	Geistl. Bronisz	12	3	—	1080	5 737	Es sandten nur 5 Bibliotheken Berichte ein.
Koschmin	Geistl. Lukomski	12	1 Ein- gegangen	?	?	?	
Pleschen	Geistl. Niesiolowski	27	4	?	1812	16 011	
Jaroschin	Geistl. Tobola	26	4	?	1070	12 086	Es fehlen die Berichte von 7 Bibliotheken.
		192					

III. Kassenbericht.

Reis	Versamm- lungen haben statt- gefunden	Kollekten	Mitglieder	Einnahme	Komitee- und andere Sitzungen
Kempen.....	3	15	620	671,50	2 des Komitees, 2 der Bibliothekare.
Schildberg	18	47	?	1 467,62	4 des Komitees, 1 der Kollektoren.
Ostrowo	35	78	2432	4 577,58	7 des Komitees, 1 der Bibliothekare, 1 der Kollektoren.
Udelnau	(1)	(5)	(279)	(151,88)	—
Krotoschin	6	27	382	210,56	2 des Komitees.
Koschmin	3	29	?	384,49	—
Pleschen	8	82	1100	910,25	4 des Komitees.
Jarotschin	1	?	?	652,47	2 des Komitees.
	75			8 996,65	

Außer den Bibliotheken existieren im Bezirk Zeitungsleshallen in folgenden Ortschaften: Schildberg, Ostrowo, Krotoschin und Koschmin.

In fünf Kreisen sind Wintervorlesungen organisiert worden: In Ostrowo vom 1. Oktober 1910 bis 30. März 1911 28 Vorlesungen; in Schildberg in der Advents- und Fastenzeit; in Pleschen in der Fastenzeit; in Krotoschin in der Fastenzeit; in Jaratschewo 3; in Koschmin 5; in Przygodzice 1 Vorlesungen.

Ostrowo, den 17. Oktober 1911.

Der Bezirksvorstand.

Stefan Rowinski. Geistlicher A. Ludwiczak.
Geistlicher Niesiowski.

Aus Nr. 21 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 22. Oktober 1911:

Der Verein erwerbstätiger Frauen in Lissa.

Um 1/2 9 Uhr abends eröffnete der Patron, Geistlicher Tsch, unter Beteiligung von 89 Mitgliedern die Versammlung. Nach Verlesen des Protokolls durch den Viz Patron, Geistlichen Stark, schritt man zur Wahl des Vorstandes.

Es wurden die nachstehenden Damen gewählt:

Frau Theophila Kolodziej, Vorsitzende,
Frau Dr. Alkiewicz, Schriftführerin,
Frau Dr. Potiatycka, stellvertretende Schriftführerin,
Fräulein Stanislawka Gryczyńska, Kassiererin,
Frau Kowolka, stellvertretende Kassiererin,
Frau Melanie Chmara, Bibliothekarin,
Frau Franziska Bartkowiak, stellvertretende Bibliothekarin.

Als dann verlas der Viz Patron die Vereinsjagungen und erklärte den Mitgliedern die wichtigsten Abschnitte. Es meldeten sich bei dieser Gelegenheit acht Damen zur Aufnahme als unterstützende Mitglieder. Aufnahme in die Sterbefasse haben 16, in die Aussteuerfasse 12 Damen nachgesucht. Es wurden noch einige Damen notiert, die in den Versammlungen Deklamationen vortragen wollen. Die nächste Versammlung findet am 29. Oktober, 8 Uhr abends, statt, in der Frau

Stark aus Posen einen Vortrag halten wird. Um 10 Uhr schloß der Patron die Versammlung.

Aus Nr. 43 des Przemyslowiec (Posen)
vom 22. Oktober 1911:

Heimischer Bazar „Znicz“.

Am 9. Oktober wurde in der Bank der Industriellen (Alter Markt 73/74) im ersten Stockwerk ein heimischer Bazar eröffnet.

Zweck des Bazars ist, die Volksgesamtheit mit der heimischen (polnischen) Industrie bekannt zu machen und dieser Industrie ein Absatzgebiet zu schaffen.

Jeder Anfang ist schwer, und so kann sich denn auch der heimische Bazar „Znicz“ nicht gleich so darstellen, wie ähnliche Bazare in Warschau, Krakau und Lemberg, die bereits Jahre existieren. Wir hoffen jedoch, daß mit der Zeit mit Gottes Hilfe, durch das Wohlwollen und die Unterstützung der ganzen Gesamtheit, auch der Posener Bazar ein wichtiger Mittelpunkt für sämtliche Zweige unserer Volks- und Hausindustrie werden und daß er zugleich mit der alljährlichen Ausstellung der weiblichen Handarbeiten beitragen wird zur Industrialisierung unseres Landesteiles. Bis jetzt befinden sich in dem heimischen Bazar außer den Erzeugnissen der „Znicz“:

Von den Erzeugnissen der Volksindustrie aus dem Großherzogtum: gewebte wollene Schals mit bunten Leisten in den Volksfarben; Kopfkissen aus demselben Gewebe, sowie Kopfkissen aus Leinwand, bunt gestickt; bunte und weiße Handtücher aus Leinwand, Päckchen für Kleider und Blusen.

Von Erzeugnissen der Hausindustrie: weiße Brusttücher, Tüllarbeiten usw.

Erzeugnisse aus Holz, Brandmalerei, bemalt und geschnitten. Korbgeflechte.

Bilder, gemalte Postkarten, Kopfkissen mit Malerei auf Sammet.

Aus dem Königreich aus der Volksindustrie: Wolstoffe für Kleider aus dem Gouvernement Kalisch. Gardinen aus Leinwand mit bunten Rändern, sowie Servietten, Schürzen, Proben für Tischtücher,

Gardinen, Kleider, Blumen aus den Webereien der Frau Kuczyńska aus Koroczyn, Gouvernement Siedlec.
Eine Decke aus Podolien, Teppiche aus der Schule der Landwirtinnen aus dem Sandomirischen.
Spielzeug aus der Warschauer Fabrik Asta.

Der Vorstand der „Znicz.“

Aus Nr. 242 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 19. Oktober 1911:

In Argentan

fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters eine Versammlung der deutschen Wähler statt. Der vorgestellte Kandidat Dr. Levy aus Hohensalza, der infolge des Übergewichts der deutschen Stimmen auch zum Abgeordneten gewählt werden wird, hielt seine Programmrede. Er bemerkte, daß er sich zur national-liberalen Partei rechne, die — nach seinen Worten — die Treue für Kaiser, Reich und Vaterland an die erste Stelle setze. Deshalb werde auch er, soweit dies in seinen Kräften stehen werde, das Deutschtum gegen die feindlichen Elemente, wie die Polen und Sozialisten, verteidigen. Unterstützen werde er auch die Ansiedlungskommission, ferner die Verteidigung der persönlichen Freiheit, ohne Ausnahmegeetze.

Es schadet nichts, daß der künftige Abgeordnete seine Anschauungen offen ausgesprochen hat, auch das ist was wert. Er hätte indessen nicht sagen dürfen, daß er gegen die Ausnahmegeetze ist, denn alle Geetze, die die Stärkung des Deutschtums zum Zweck haben, beruhen doch gerade auf Ausnahmen. Eine solche „Ausnahme“ ist auch der künftige Abgeordnete, denn er verbeugt sich einmal vor der Linken und dann wieder vor der Rechten. Leider gibt es heute immer mehr solcher „Ausnahmedeutschen“.

Aus Nr. 248 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 26. Oktober 1911:

Tremessen.

Am Sonntag fand eine ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung des Vereins Wyzwolenie statt, der gelegentlich der öffentlichen Versammlung am 15. d. M. in unserer Stadt gegründet worden ist.

Die ordentliche Versammlung leitete der Vereinsvorsitzende Franz Gollan; in dieser wurde das Gründungsprotokoll verlesen, es wurden acht Kandidaten angenommen und die laufenden Angelegenheiten des Vereins erledigt.

Nach einer Pause fand die außerordentliche Generalversammlung statt, die der Bezirksdelegierte A. Pluta aus Hohensalza leitete.

Zunächst legten die neuen Mitglieder-Kandidaten für ein Jahr oder für ihr ganzes Leben das schriftliche und mündliche Versprechen ab. Gegenwärtig zählt der Verein (einschließlich der Mitglieder der Freihofers Abteilung) 30 Mitglieder.

Den am 15. d. M. gewählten und heute ergänzten Vorstand bilden nachstehende Herren:

Fr. Gollan, Vorsitzender.
Abalbert Siwinski, Stellvertreter.
Vincent Budzislowski, Schriftführer.
J. Anderson, Stellvertreter.
Anton Szperka, Schatzmeister.
Johann Kulpinski, Bibliothekar.
Fr. Adam, Stellvertreter.
Valentin Lukasiewicz, Beisitzer.
Fr. Sochowicz, Beisitzer.

Es wurde einstimmig beschlossen, sich dem Hohensalzaer Bezirk und dem Posener Verband anzuschließen. Ferner wurde der Ankauf von Büchern, Stempeln und ähnlichen Dingen für die einzelnen Vorstandsmitglieder genehmigt.

Die Versammlungen werden alle 14 Tage um 1 Uhr nachmittags in einem im Lech und im Dziennik Kujawski vorher bekannt gegebenen Lokale stattfinden. Der Monatsbeitrag beträgt 15 Pfg., wofür jedes Mitglied den Przejaciół Trzeźwości erhält.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 124 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 17. Oktober 1911:

Offener Brief an meine Wähler.

Graudenz, den 12. Oktober

(Fortsetzung.)

Andererseits gab es auch solche, die mir rieten, ohne Rücksicht auf alles, das Abgeordnetenmandat zu übernehmen und nur von Zeit zu Zeit nach Berlin zu reisen. Das würde bedeuten, das Mandat nur zu übernehmen, um damit vor der Welt zu glänzen; doch damit könnte ich mich niemals einverstanden erklären. Entweder ich übernehme Pflichten und bemühe mich sie gewissenhaft zu erfüllen, oder ich übernehme sie überhaupt nicht. Da ich also die doppelten Pflichten als Abgeordneter und als Verleger nicht erfüllen kann, habe ich darüber nachgedacht, ob meine Abgeordnetentätigkeit oder meine Tätigkeit als Verleger und Redakteur für die Volksgesamtheit wichtiger ist und da bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß meine Tätigkeit als Verleger und Redakteur für das Volk und die ganze Volksgesamtheit wichtiger ist! Denn die Arbeit auf dem Gebiete der Aufklärung ist die Grundlage jeden Fortschrittes und jeglicher Entwicklung in unserer Volksgemeinschaft. Sie ist die Quelle der religiösen und nationalen Aufklärung, sie ist die Ursache der Widerstandskraft unseres Volkes in dem Kampfe gegen die Germanisierung, gegen das übermächtige Deutschtum.

In meiner Abgeordnetentätigkeit können mich viele Leute vertreten, wenn sie nur arbeiten und die Abgeordnetenpflichten gehörig erfüllen wollen. In meiner Verlegertätigkeit kann mich niemand vertreten. Ich habe mich in meiner neunjährigen Abgeordnetentätigkeit überzeugt, wie sehr die Aufklärungsarbeit darunter gelitten hat, daß ich infolge meiner Tätigkeit als Abgeordneter meine Verlegerpflichten nicht ordentlich erfüllen konnte. Und besonders habe ich mich im vorigen Jahre davon überzeugt, als ich infolge der täglichen Verhandlungen in der Kommission für das Reichsversicherungsgesetz fast das ganze Jahr hindurch Graudenz fern bleiben mußte.

Infolge der Abgeordnetentätigkeit mußte ich die Verlegerpflichten vernachlässigen, und darunter hat die Aufklärungsarbeit in hohem Grade gelitten. Da also meine Verlegerarbeit viel wichtiger ist als meine Abgeordnetentätigkeit, kann ich auch ein Abgeordnetenmandat für die nächsten fünf Jahre nicht übernehmen. Es ist möglich, daß ich wiederum einst, wenn ich die Verhältnisse in meinem Verlage in Ordnung gebracht, wenn ich sie wieder auf eine derartige Stufe gebracht haben werde, daß sie auf längere Zeit meiner dauernden Mitarbeit werden entbehren können, wenn ich die Aufklärungsarbeit wiederum einen mächtigen Schritt vorwärts gebracht haben werde, dann ist es möglich, wenn es mir gelingt meine durch Arbeit und Sorgen

geschwächten Kräfte wiederum zu kräftigen und dann das polnische Volk meine Rückkehr zur Abgeordneten-tätigkeit fordern wird, daß ich seiner Stimme folgen werde.

Vorläufig verlangt aber, liebe Brüder, nicht eine weitere Abgeordnetentätigkeit von mir, denn gegenwärtig reichen, wie ich schon gesagt habe, meine Kräfte nicht dazu aus, um die schweren doppelten Pflichten zu erfüllen.

Ich würde es auch sehr wünschen, daß die bevorstehenden Wahlen überall, und besonders auch in meinem bisherigen Wahlkreise, in der ruhigsten und friedlichsten Weise verlaufen. Denn angesichts des immer hartnäckigeren Vordringens des Deutschtums bedürfen wir des inneren Friedens mehr denn je.

Ich bin überzeugt, daß die Kandidatur des ehrwürdigen Herrn Propstes Niedrowski, die das Königer Komitee neben meiner an zweiter Stelle aufgestellt hat, und dessen Kandidatur nach meiner Verzichtleistung an erster Stelle stehen wird, zu einer einmütigen und friedlichen Durchführung der Wahlen viel beitragen wird. Ich weiß zwar nicht, was das Tucheler Komitee machen wird, doch das weiß ich, daß das Volk im Kreise Tuchel für den Propst Niedrowski eingenommen ist, denn es kennt ihn noch gut aus den Zeiten, als er in Tuchel Vikar war und es verstanden hat, die Herzen dieses Volkes zu gewinnen.

Und nun, liebe Brüder, danke ich Euch herzlich für das Vertrauen und die Anhänglichkeit, mit der Ihr mich während der fast neunjährigen Tätigkeit als Abgeordneter gelohnt habt.

Es gab Leute, die sich zwischen mich und Euch gedrängt und sich bemüht haben, unser herzliches und freundschaftliches Verhältnis zu trüben, doch Ihr, liebe Brüder, habt es verstanden, jene Intriganten und schlechten Persönlichkeiten gehörig abzufertigen und mich in Schutz zu nehmen! Das werde ich Euch, liebe Brüder, bis ans Lebensende nicht vergessen. Wenn ich auch in Zukunft Eurer Abgeordneter nicht sein werde, so werde ich mich doch um meinen früheren Wahlkreis besonders kümmern. Denn in diesem Kreise habe ich gerade meine politische und Aufklärungstätigkeit begonnen, und ich bin mit ihm so verwachsen, als wenn ich dort geboren wäre, als wenn ich dort ständig wohnte.

Und nun, liebe Brüder, wünsche ich Euch alles Gute und Gottes Segen bei jeder Sache. Lebt wohl.

Mit brüderlichem Händedruck Euer Euch aufrichtig ergebener
Wiktor Rulerski.

Aus Nr. 241 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 19. Oktober 1911:

Die Wahlen in der Kaschubei.

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß der langjährige Abgeordnete des Wahlkreises Karthaus-Buzig-Neustadt Herr Roman Janta v. Polczynski aus Zabitschin im Großherzogtum Posen eine Neuwahl in seinem bisherigen Wahlkreise entschieden nicht mehr annehmen wird, weil sein Gesundheitszustand es ihm nicht erlaubt, in einem so entfernten Wahlkreise zu Wahlversammlungen zu reisen, worunter das polnische Volk in der Kaschubei zu leiden haben wird. Wir erfahren aber, daß der Wahlkreis Gnesen-Wongrowitz, in dem Herr v. Polczynski wohnt, sich den verdienten Schriftführer der „Fraktion“ und das Mitglied des Seniorenkonvents zum Kandidaten ausersehen hat, weil der bisherige Abgeordnete, Herr Leo v. Grabski, nicht mehr kandidieren will.

Aus Nr. 125 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 19. Oktober 1911:

Einen

„Über die religiöse und nationale Erziehung unserer zukünftigen Geschlechter“

überschriebener Artikel der Gazeta Grudziądzka schließt wie folgt:

Schließlich muß man das Kind nach Möglichkeit frühzeitig an die Erfüllung der religiösen und nationalen Pflichten gewöhnen. Es ist gut, dem Kinde z. B. geringe Dienste bei den Wahlen erledigen zu lassen, deren Erfüllung es sich zur Ehre rechnen wird.

Das sind die wichtigsten Pflichten, die hinsichtlich der religiösen und nationalen Erziehung der Kinder auf den Eltern lasten. Sie beruhen darauf, dem Kinde vor dem Besuch der Schule

1. Liebe und Anhänglichkeit zum heiligen Glauben und Polentum einzupflanzen sowie es zur Verteidigung dieser heiligsten Schätze vorzubereiten, wenn das Kind die Schule aber besucht,
2. sorgfältig seine Seele zu bewachen, damit sich bei ihm nicht verkehrte Anschauungen in Angelegenheiten des Glaubens und des Polentums herausbilden,
3. es polnisch Schreiben und Lesen zu lehren, sowie im polnischen Katechismus, in der biblischen Geschichte und in der polnischen Geschichte zu unterrichten, und es polnische, kirchliche sowie weltliche Lieder zu lehren,
4. alle unkatholischen und unpolnischen Gewohnheiten hinsichtlich der Sitten wie der Sprache eifrig auszurotten,
5. es zur Erfüllung der religiösen und nationalen Pflichten anzuhalten.

Heutigen Tages begreift wohl der größte Teil der polnischen Eltern das Bedürfnis, diese Pflichten zu erfüllen. Aber von dem Verständnis für diese Pflichten bis zu ihrer Erfüllung ist es noch sehr weit. Manche Eltern wissen nicht, wie sie diese oder jene Aufgabe anfangen sollen, andere werden wiederum nicht genug Ausdauer haben, um diese Pflichten bis zum Schluß zu erfüllen.

Um aber den einen die notwendigen Fingerzeige zu geben und die anderen zur Ausdauer anzuregen, werden wir auf diese Frage noch einmal zurückkommen.

Aus Nr. 126 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 21. Oktober 1911:

Der Beleidigungsprozeß,

den unser Verleger, der Abgeordnete Rulerski, gegen den Redakteur und Verleger des Dziennik Berliński, Herrn Fr. Krysiak, angestrengt hat, hat mit einem Vergleich geendet. Die Sache spielte sich am 18. d. M. vor dem Berliner Gericht ab. Herr Krysiak erklärte, daß er die gegen den Abgeordneten Rulerski vorgebrachten Beleidigungen zurücknehme, und Herr Rulerski hat die Klage zurückgezogen. Herrn Krysiak hat der Rechtsanwalt v. Unruh vertreten und den Abgeordneten Rulerski Herr Rechtsanwalt Kujot. Es sei dem, wie es wolle, Herr Krysiak hat viel anständiger gehandelt als die Redakteure des Lech und des Dziennik Bydgoski.

Um einen polnischen Redakteur, Verleger und Abgeordneten zu beleidigen, braucht man heute keinen Mut, denn er ist fast wehrlos, aber viel bürgerlicher Mut gehört dazu, um das Unrecht, das dem Beleidigten zugefügt worden ist, wenigstens etwas gut zu machen. Zu diesem Mut hat sich Herr Krysiak emporgerafft, was wir gern hervorheben.

Aus Nr. 128 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 27. Oktober 1911:

Zum Wohle unserer Töchter

überschreibt sich ein Artikel des Pielgrzym, der wie folgt endet:

Eine Ergänzung der häuslichen Erziehung und Ausbildung sind zweifellos die Fachschulen für Mädchen, wo sie Kochen sowie die häusliche Ordnung und Wirtschaft lernen. Solche Schulen existieren an verschiedenen Orten. Häufig kommt es vor, daß polnische Eltern ihre Töchter in Haushaltungsschulen schicken — **aber leider in deutsche**, wo die Gefahr besteht, daß unseren Mädchen Deutschtum eingebläut wird. Die polnischen Eltern müssen sich zuerst überzeugen, in welche Schule sie ihre Töchter schicken. Eine gute, musterhafte Schule wird niemals ein Unternehmen sein, das nach außerordentlichen Nutzen strebt, sondern es wird eine wirkliche Schule für wirtschaftliche Erziehung sein.

Daß z. B. in den deutschen Haushaltungsschulen in Konig, Ornef (? und Kofitten das Polentum zurückgesetzt wird, dafür haben wir schon viele Beispiele gehabt. Eltern, denen es nicht nur darum geht, daß ihre Tochter eine gute Wirtin wird, daß sie auch eine **gute Polin** und Katholikin wird, dürfen ihre Töchter nicht in fremde Anstalten schicken, sondern in unsere heimische Haushaltungsschulen, wie z. B. in die Anstalt der Frau Szejzbiniska*) in Schrimm, Provinz Posen und der Damen v. Zamojski in Zakopane.**)

Dort erfahren unsere Mädchen wirkliche Fürsorge und sind nicht dem Gespött hinsichtlich ihrer religiösen und nationalen Empfindungen ausgesetzt. Eltern, denkt daran, daß von der Erziehung der Jugend unsere Zukunft abhängt, **und die polnische Frau soll und muß der Hauptapostel unseres nationalen Gedankens sein.**

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 235 des Dzienink Śląski (Königshütte O.-S.)
vom 12. Oktober 1911:

Die Deutschen und Polen gegenüber den Wahlen in Oberschlesien.

Im obereschlesischen Industriebezirk geschehen merkwürdige Dinge. Schon vor dreiviertel Jahren machten wir in unseren Zeitungen bekannt, daß man Anstrengungen mache, bei den nächsten Reichstagswahlen alle Deutschen auf gemeinsame Kandidaten zu vereinigen. Der Regierung lag besonders viel daran, in Oberschlesien einen deutschen Block gegen die polnische Bevölkerung zu schaffen und ihr die schwer erworbenen Mandate fortzunehmen. Diesem antipolnischen Block sollen auch die Zentrumsleute angehören. Im Bezirk Kattowitz—Jabrze sind die Deutschen in vier Lager geteilt, nämlich in das Lager der Freisinnigen, der in den deutschen Wahlverbänden organisierten Hakatisten, in das Lager der Großindustriellen unter Leitung des Generaldirektors Hilger und in das Zentrumslager. Bisher gingen die Freisinnigen stets Hand in Hand mit den Hakatisten und Großindustriellen gegen die Polen. Diesmal ist es trotz der Vermittelung des Regierungspräsidenten zu keiner Verständigung gekommen, denn die Großindustrie besteht auf der Kandidatur Willigers, und die vereinigten Freisinnigen und Hakatisten empfehlen die Kandidatur des hakatistischen Bürgermeisters Dr. Häuser aus Myslowitz.

*) Diese Anstalt ist seit einem Jahre eingegangen. Die Red. d. Gef.-Ab.

**) Zakopane in Galizien (Red. d. Gef.-Ab.).

In einer Versammlung in Myslowitz wurde ihm für den Fall, daß er gewählt werden sollte, empfohlen, sich um Ostmarkenzulagen für die Beamten zu bemühen. Es wirft dies ein interessantes Licht auf das Verhalten der Freisinnigen, die die großen Demokraten und Gegner der antipolnischen Politik spielen, in der Praxis aber, wie man sieht, stets die Hakatisten unterstützen. Die Zentrumsleute beharren augenblicklich auf der Kandidatur des Herrn Goebel, aber man steht in Verhandlungen darüber, daß auch die Zentrumsleute sich auf den gemeinsamen antipolnischen Kandidaten einigen sollen.

Im Bezirk Bentzen-Tarnowitz liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch hier haben wir die gleichen vier deutschen Parteien, und, wie das Gerücht geht, wollen sich angeblich alle Deutschen auf die Kandidatur des Grafen Henkel, des Zentrums-Landtagsabgeordneten, einigen.

Im Bezirk Kreuzburg-Öls haben die Zentrumsleute wieder mit den Hakatisten und Junkern ein Bündnis gegen das polnische Volk geschlossen.

In Kattowitz haben bei den städtischen Wahlen die Zentrumsleute ein Kompromiß mit Freimaurern, Liberalen und Hakatisten geschlossen.

Im Kreise Ratibor rechnen die Zentrumsleute auf die Hilfe der Hakatisten und Liberalen, falls ihr Kandidat Sapleta mit dem Geistlichen Banas in die Stichwahl kommen sollte.

Die gleiche Hoffnung hegen sie im Kreise Kosel-Strelitz, den sie mit Hilfe der Hakatisten und Junker retten wollen.

Und der Oppelner Regierungspräsident von Schwerin arbeitet unermüdlich an der Vereinigung aller Deutschen gegen die polnische Bevölkerung. Wir fragen uns, mit welchem Recht er dies tut und in wessen Auftrag? Hat ihm die Zentralregierung eine derartige Tätigkeit anbefohlen? Wenn dem so wäre, dann würde sich die Regierung in Dinge einmischen, die sie nichts angehen, und sie würde auf unerlaubte Art die Wahlen beeinflussen. Da es in Deutschland keine parlamentarische Regierung gibt, und da die Minister nicht vom Willen des Reichstages abhängig sind, hat auch die Regierung nicht das geringste Recht, sich in den Wahlkampf zu mischen.

Interessant ist die Rolle der Zentrumsleute. Aus ihrem ganzen Verhalten ergibt sich, daß sie am liebsten mit dem Hakatismus und den Liberalen ein Generalbündnis gegen die polnische Bevölkerung abschließen möchten. Sie geben sich der trügerischen Hoffnung hin, daß sie auf diese Art imstande sein werden, irgendwelche Mandate in Oberschlesien zu erlangen oder wiederzugewinnen. Wir sind der Ansicht, daß unter diesen Verhältnissen auch dem letzten Polen die Schuppen von den Augen fallen werden, wenn er noch dem Zentrum gegenüber irgendeine Schwäche haben sollte.

Wenn also die Deutschen ohne Rücksicht auf die Konfession und die politischen Anschauungen bemüht sind, einen Block gegen die polnische Bevölkerung zu schaffen, so haben wir Polen die doppelte Pflicht, hinsichtlich der künftigen Wahlen in Frieden und Eintracht zu arbeiten. Es handelt sich nämlich unter den jetzigen Verhältnissen darum, möglichst starke Widerstandskraft zu zeigen, damit wir auf unsere Kandidaten eine möglichst große Anzahl von Stimmen vereinigen und sofort den Sieg davontreiben. Deshalb fordern wir unsere Anhänger auf, im Namen des Wohls der polnischen und völkischen Sache auf rücksichtslose Art den Unruhestiftern eine solche Lehre zu erteilen, daß ihnen die Lust an weiteren Betörungen vergeht.

Aus Nr. 239 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 17. Oktober 1911:

Bergiftete Pfeile.

Die obererschlesischen Zentrumsleute glauben endlich ein unfehlbares Mittel gefunden zu haben, mit dessen Hilfe sie die polnische Bewegung erfolgreich bekämpfen und das polnische obererschlesische Volk von neuem beherrschen können. Sie sehen sich in der Zukunft schon wieder als unumschränkte Herren Oberschlesiens. Die armen Kerle, die des Glaubens sind, daß sie die Räder des historischen Wagens umdrehen und wieder zur Anfangsstation zurückfahren können. Wir überlassen die Herren Zentrumsleute ihren Täuschungen; sehen wir uns aber nur ihr neues Mittel an, von dem sie sich so viel versprechen.

Dieses Mittel ist weder neu noch originell, es ist nämlich die partikularistische Melodie, die unser Volk gegen die Landsleute aufreizt, die aus dem Großherzogtum Posen hierher gekommen sind. Das Hauptorgan der Zentrumsleute im obererschlesischen Industriebezirk, der in Königshütte erscheinende „Oberschlesische Kurier“, teilt jetzt die Polen in Oberschlesien in zwei neue Lager: in das Lager des ehrlichen obererschlesischen Volkes und in das Lager der Posener Demokraten. Über diese Posener Demokraten schreibt das Zentrumsblatt unerhörte Dinge, vor allem schildert es sie als Feinde der Kirche, die das Ansehen der Geistlichkeit untergraben, als Personen, die das obererschlesische Volk verachten und trotzdem diesem Volke ihre Fürsorge aufdrängen. Es sind also demagogische Stückchen, zu denen die Zentrumsleute ihre Zuflucht nehmen, um das polnische Lager zu spalten, das Wasser zu trüben und in diesem trüben Wasser ihre Fische zu fangen. Freilich ist in den Augen der Zentrumsleute jetzt jeder ein Posener Demokrat, der jetzt den Zentrumsleuten bei den Kirchenwahlen nicht hilfreich zur Hand geht, und es wird ein solcher jeder Pole sein, der während der Wahlkämpfe auf seiten des polnischen Kandidaten stehen wird.

Die Demagogie der Zentrumsleute wird ihnen indessen nicht die erhofften Früchte bringen, denn auf einen solchen Leim geht heute das polnische Volk nicht mehr. Wenn sogar hier und dort unter dem polnischen Volke irgendwelche partikularistischen Strömungen vorhanden sein sollten, hervorgerufen durch die Taktlosigkeit einiger unverständiger Personen, so marschiert dennoch bei allen Wahlen das polnische Volk in geschlossenen Reihen gegen den gemeinsamen Feind. Und das polnische Volk sieht die polnischen Zentrumsleute als seine Feinde an und führt mit ihnen bei allen Wahlen einen erfolgreichen Kampf. Die Herren Zentrumsleute benehmen sich bei uns in einer Art, als wenn sie alle Brücken hinter sich verbrennen wollten. Sie vergessen, daß sie wieder in eine Lage kommen können, in welcher sie auf die Hilfe der Polen angewiesen sein werden. Aber wie kann von einer gemeinsamen Aktion die Rede sein, wenn jetzt anlässlich der Kirchenwahlen die Zentrumsleute die katholischen Polen als Feinde der Kirche und Gegner der Geistlichkeit brandmarken. Besonders die Kirchenwahlen in Zabrze und Ruda haben die Zentrumsleute zu diesem abscheulichen und unehrlichen Kampf mit dem polnischen Volk veranlaßt. Wenn aus dem Volke in Ruda oder in Zabrze ein unfreundliches, an die Adresse der Geistlichen gerichtetes Wort gefallen ist, so ist die Ursache hierfür nicht Mangel an Achtung oder Haß gegen die Geistlichkeit, sondern geradezu der Mangel an Takt seitens eines solchen Propstes Ogan in Ruda, oder eines solchen Geistlichen Pejzka in Zabrze. Sowohl der eine als auch der andere haben zahlreiche Beweise für ihre Taktlosigkeit geliefert, und beide erfreuen sich als Menschen nicht

der Sympathien ihrer Parochien. Sie tragen selbst Schuld daran, wenn ihnen das Volk nicht die gleiche Achtung entgegenbringt wie den andern Geistlichen. Die Strafe für die Taktlosigkeit solcher Personen unter der Geistlichkeit soll dann das polnische Volk tragen, denn die Zentrumsleute verdächtigen es dann, daß es der Kirche und der Geistlichkeit feindlich gesinnt sei.

Aus Nr. 38 der Nowyni (Oppeln)
vom 26. Oktober 1911:

Wo bleibt die Nationalwürde?

Chropaczew.

Die deutschen Blätter teilen mit, daß dem Kriegerverein nach dem letzten Appell 33 neue Mitglieder beigetreten sind. Das ist traurig. Wo bleibt da die Nationalwürde? Denn darüber kann man wohl nicht im Zweifel sein, daß diese neuen Kriegervereinsmitglieder ausschließlich „unsere Brüder“ sind. Gibt es denn keine polnischen Vereine? In den Kriegervereinen wird über alles, was polnisch ist, geschimpft, also man schlägt den Polen geradezu ins Gesicht. Und die Polen treten freiwillig diesen Vereinen bei, um sich schlagen zu lassen, sie gehen hin, um ihr Gesicht hinzuhalten! Wo bleibt da die Nationalwürde!

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 243 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 24. Oktober 1911:

Aus dem Gebiet der Germanisierung durch die Kirche.

Berlin, 22. Oktober.

Es ist schwer, das, was ein bedeutender Teil der deutschen Geistlichen bei den gegenwärtigen Kirchenwahlen mit den Polen anstellt, anders als einen Skandal zu nennen. Die Polen haben mit ihren Propsten besonders in der Fremde verschiedene Methoden und Mittel versucht; aber nicht eine Methode, nicht ein Mittel hat sich für uns günstig erwiesen. Alle Wege führten zu einem Ziele, zur weiteren Bedrückung der polnischen Massen, die doch z. B. in Berlin einen sehr ansehnlichen Prozentsatz der Katholiken ausmachen. Trotz alledem finden polnische Andachten in Berlin ständig nur in manchen Kirchen statt, so z. B. in der Pius-, in der Pauluskirche, in Charlottenburg, in Weißensee und Tempelhof. In anderen, wie in der Corpus Christi-, St. Sebastian-, Matthias- und Marienkirche werden die polnischen Andachten geduldet, aber nicht in jeder Woche.

Das Kirchenvermögen und die Kirchengemeinde verwalten die Deutschen. Die Polen suchen bei jeder Wahl in den Vorstand und in die Aufsicht hinein zugelassen, indem sie sich darauf stützen, daß sie ebenso wie die Deutschen Kirchenabgaben zahlen und an Zahl den Deutschen nicht nachstehen. Indes tun die Berliner Propste alles, was sie können, um die Polen nicht in den Vorstand gelangen zu lassen, und, was das Wichtigste ist, sie sind dabei in der Wahl der Mittel nicht skrupulös.

Bei den Wahlen in Charlottenburg zeigte es sich, daß die Polen über eine bedeutende Stimmenmehrheit verfügen. Ungeachtet dessen hat der dortige Propst die Sache so gelenkt, daß nur ein Pole in den Vorstand und nur 3 in die Gemeindevertretung gelangt sind.

Es war jedoch — bisher wenigstens — das beste erzielte Resultat. In anderen Pfarochien ging es noch schlimmer her. So mußten z. B. in der Piusgemeinde über 100 Polen davongehen, ohne die Stimmen abgegeben zu haben. Sie waren nicht in die Liste eingetragen, trotzdem sie beständig Steuern zahlen und schon seit lange in der Pfarochie wohnen. Wenn wir erwägen, daß viele Polen erst nach entschiedenen Reflamieren in die Liste aufgenommen wurden, so kamen wir zu der Überzeugung, daß der Propst von je drei Polen nur einen eingetragen hat. Außerdem hat der Propst entgegen dem vorher abgeschlossenen Kompromiß vier polnische Kandidaten gestrichen unter gleichzeitiger Verbreitung des Gerüchts, daß die Polen nicht einen einzigen Deutschen in den Vorstand hineingelassen lassen wollten. Auf diese Weise, sowie mit Hilfe noch anderer Kniffe gelang es dem Propste, auf drei Jahre die „polnische Gefahr“ aus seiner Pfarochie los zu werden.

Ähnlich geschah es auch in andren Pfarochien, die polnischen Proteste aber haben keinen Erfolg. In einer Pfarochie, wo es den Polen gelang, alle ihre Kandidaten durchzubringen, hat der Propst mit eisigem Gewissen die Wahlen für ungültig erklärt. Die wiederholten Wahlen endeten wieder mit dem Siege der Polen.

Und das alles geht in der katholischen Kirche vor sich, und so handeln diejenigen, welche beständig sagen, es gäbe keinen deutschen oder polnischen, sondern nur einen katholischen Glauben! Warum behandelt sie dann die anders, welche keine Deutschen sind? Weshalb bringen sie die Erbitterung des Volkes bis zu den äußersten Grenzen, warum sorgen sie dafür, daß das Volk in ihnen Feinde, nicht aber seine Seelsorger erblickt? Sie lesen uns in der Kirche die Geschichte vom guten Hirten vor, welcher sein Leben für seine Schafe läßt; aber selbst interessieren sie sich nur für die Schäflein, welche deutsch fühlen. Um die übrigen kümmern sie sich nur dann, wenn man Kirchensteuern sammelt oder beim Jahresumgang.

Und wie soll dieses benachteiligte polnische Volk glauben, daß das wahre Priester, nicht aber falsche Propheten sind? Steht doch nicht wo anders als in der hl. Schrift geschrieben: „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!“ Vertragen sich denn die Handlungen dieser geistlichen Germanisatoren mit dem Begriff: „wahre Diener Gottes?“ Mögen die, denen tatsächlich an der Erhaltung des Katholizismus gelegen ist, unter den Häufen der Kleinen gehen, die einst heiß geglaubt haben, heut aber die Kräfte anstrengen müssen, um den Glauben nicht einzubüßen und den Einflüsterungen der Feinde der Kirche nicht zu erliegen! Mögen sie den Schmerz eines enttäuschten Menschen hören! Er hat bisher im Priester einen göttlichen Sendboten gesehen, heut muß er in ihm einen hinterlistigen Feind erblicken. Das ist eine Tragödie, die sich im Stillen im Herzen und in der Seele von Hunderten und Tausenden in der Fremde zerspreuten Polen abspielt. Wenn ein Glender von dem Ungerechtigkeit erfuhr, den er für seinen Feind hielt, so versteht er das bestimmt; aber wenn er sich an denen schrecklich täuscht, denen der Glaube zu vertrauen und selbst die schwerste Sünde zu bekennen gebietet, dann wählen Leid und Ärger solange in ihm herum, bis sie eine Furche ausgewühlt haben, in welcher allmählich das Gift des Unglaubens und geistlicher Verderbnis hinabsickern wird.

Wo ist die höhere kirchliche Behörde, wo sind die Bischöfe, denen das Seelenregiment übertragen ist? Warum blicken sie nicht hinein in dieses Meer der Rechtswidrigkeit, in welchem der Glaube von Tausenden untergeht? Die Situation verschärft sich mit jedem Tage, und man muß blind sein, um die Gefahr nicht zu sehen, die der Kirche von seiten der Geistlichen

droht, die in ihrer germanisatorischen Berranntheit dem zum Leben erwachenden polnischen Volke den Handschuh ins Gesicht schleudern und die christlichen Kardinalgrundsätze mit Füßen treten, Caveant consules!

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 484 des Słowo Polskie (Lemberg)
vom 17. Oktober 1911:

Berschacherer.

Seit einigen Wochen schon kommen aus dem Posenischen keine guten Nachrichten. Es vergeht fast kein Tag, an dem die dortigen Zeitungen von einem Übergang eines polnischen Besitzes in deutsche Hände nicht berichteten, und die Berschacherer sind überwiegend polnische Bauern, die wegen ihrer Anhänglichkeit an den Boden bekannt sind. Durch zwanzig Jahre hindurch der angestregten, keine Mittel scheuenden germanisierenden Ansiedlungsaktion ging der polnische Bauer im preußischen Anteil der Gesamtheit mit gutem Beispiel voran. Während die großen überschuldeten Güter der Edelleute eins nach dem andern der Ansiedlung zum Opfer fielen und zehntausende von Morgen jährlich den Händen der Gutsbesitzer entglitten, hielt der Bauer am väterlichen Erbteil mit beiden Händen fest, und ließ sich weder bestechen, noch hintergehen noch in Furcht jagen, und indem er ohne Unterlaß arbeitete und die günstige Konjunktur ausnützte, sammelte er Kapital, um seine Wirtschaft abzurunden, oder sie einem Stammesbruder zu verkaufen und dafür ein größeres Gut zu erwerben. Der Arbeitsamkeit, Betriebsamkeit und dem bürgerlichen Selbstbewußtsein der Bauernschaft nicht minder der Sparsamkeit der Arbeiter, welche für den in der Fremde geparteten Groschen unzählige Zweigwirtschaften aus deutschen Händen erworben haben, hat es die polnische Gesamtheit in Preußen zu verdanken, daß trotz des Erwerbs eines Riesensareals durch die Ansiedlungskommission nach übereinstimmender Versicherung aller deutschen Faktoren sie heute mehr Land besitzt als vor 20 Jahren. Durch diesen überraschenden Erfolg des polnischen Volkes im Kampfe um den Boden erklärt sich der verzweifelte Entschluß der preußischen Regierung und des Landtages, den polnischen Erwerbungen ein Ziel zu setzen, wenn auch durch Erschütterung der Grundlagen der bestehenden Ordnung, im Wege der Zwangsenteignung.

Und gerade in dem Augenblick, wo die preußische Regierung, welche endlich die augenscheinliche Zwecklosigkeit der Ansiedlungsaktion und ihre gefährlichen sozialpolitischen Folgen eingesehen hat, in ihrer antipolnischen Politik wankend geworden ist, und von der Anwendung des Enteignungsgegesetzes Abstand genommen hat, erfolgt in der polnischen Gesamtheit eine Reaktion. Das polnische Land beginnt auf dem Wege des Verkaufs gewaltsam in deutsche Hände überzugehen, und der Versuchung der Berschacherei unterliegt am meisten gerade das Element, welches sich in der Verteidigung des Bodens die größten Verdienste erworben hat. Im Lande treiben sich im Auftrage, sei es der Ansiedlungskommission, sei es anderer germanisierender Finanzinstitute, zahlreiche, überwiegend polnische Agenten herum und reden zum Verkauf zu, indem sie hohe Preise offerieren, und die polnischen Besitzer, besonders die Bauern, nützen immer zahlreicher die Vermittelung aus und entäußern sich des Vatererbes unter Bedingungen, die einen Rückkauf auf immer ausschließen. Es mehren sich auch die Fälle, wo die polnischen Bauern ihre Besitzungen mit vollem Bewußtsein an Deutsche ver-

kaufen oder sie der Ansiedlungskommission anbieten, obwohl es an polnischen Käufern nicht mangelt.

Die seit einigen Wochen in Erscheinung getretene förmliche Verschacherepidemie hat eine große Beunruhigung hervorgerufen und die ganze Presse veranlaßt, nach den Ursachen der gefährlichen Erscheinung zu forschen und auf Abhilfsmittel zu sinnen. Als Hauptursache hat man die allgemein wachsende Gier nach einem großen Verdienste festgestellt; von einer mit den dörflichen Verhältnissen besonders vertrauten Seite wird die Aufmerksamkeit auf die diesjährige Mißernte gelenkt, welche zahlreiche Bauern gezwungen hat, ihre überschuldeten Wirtschaften zu verkaufen. Von derselben Seite wurde auch der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß infolge der diesjährigen Mißernte, deren Folgen sich noch mehrere Jahre hindurch fühlbar machen werden, der Verkauf des polnischen Landes in allernächster Zeit noch einen größeren Umfang annehmen könnte. Als Vorbeugungsmittel gegen dieses Unglück hat man die Schaffung eines Informationsbureaus empfohlen, in welchem die Verkäufer sich über den Vermögensstand und die nationale Überzeugung der Reflektanten informieren könnten, weiter das Anlegen einer neuen „Schwarzen Liste“ der Verschacherer, auf welcher auch die landschachernden Agenten Platz finden müßten, schließlich eine energische Einwirkung auf die öffentliche Meinung in dem Sinne, daß die Schuldigen am Verschachern vom väterlichen Erbe ein rücksichtsloser gesellschaftlicher und sozialer Boykott treffen müßte.

Das sind alles keine neuen Einfälle. In der vorhergehenden Epoche, angesichts des sich immer wiederholenden Verschacherns in Kreisen der Grundbesitzer, hat man schon alle diese Mittel, doch ohne besonderen Erfolg, probiert. Am erfolgreichsten hat sich noch der Zwizzek Ziemian (Bund der Grundbesitzer), welcher sich die Regulierung der bedrohten und überlasteten Besitzungen zum Ziel setzte, erwiesen. Doch weder die Aufforderung zum gesellschaftlichen Boykott, noch die Brandmarkung der Verschacherer durch die Eintragung in die „Schwarze Liste“ hat praktische Resultate gezeitigt. Wenn nun solche abschreckenden Mittel in den Kreisen der Intelligenz die erhoffte Wirkung nicht erzielt haben, so kann man jetzt wohl nicht hoffen, daß sie bei den Bauern, um deren Aufrüttelung es gegenwärtig geht, wirksam werden würde. Trotzdem darf man auch solche Mittel nicht außer acht lassen. Es gibt jedoch in allen Schichten der Bevölkerung zahlreiche Individuen, welche nicht nur jeglichen nationalen Verlust schmerzlich empfinden, sondern auch genug Mut besitzen, um durch ihr Betragen den Schädlingen gegenüber andere vor Nachahmung der letzteren abzuschrecken.

Im allgemeinen gibt man sich der Täuschung hin, als ob man mit Hilfe rein äußerlicher Mittel eine Bewegung aufhalten könnte, deren Quellen nicht ausschließlich in den äußeren Lebensverhältnissen liegen. Das Verschachertum, welches seit einer gewissen Zeit im preußischen Anteil sichtbar wird, besonders in einer Schicht, welche man für die gesündeste hielt, ist zu sehr verbreitet, als daß man es als eine sporadische Entgleisung schwacher Menschen, bei denen die Aussicht auf einen großen Geldgewinn die Stimme der nationalen Pflicht momentan erstickt, ansehen könnte. Es nimmt sozusagen schon einen epidemischen Charakter an und zeigt sich als eine ungesunde, bis an die Wurzel der Volksseele reichende Erscheinung.

Blicken wir um uns, so werden wir bemerken, daß diese traurige Erscheinung keineswegs eine ausschließlich Posenische Erscheinung ist. Im preußischen Anteil wiederholt sich gegenwärtig genau dasselbe, was wir schon seit einer Reihe von Jahren mit Bedauern

in Litauen bemerken. Auch dort hielt sich die polnische Bevölkerung lange Jahre hindurch in den schwierigsten Verhältnissen, hielt mit beiden Händen den natürlichen Boden fest, und vom Jahre 63 an bis zur Revolution in Rußland waren die Fälle selten, wo ein polnischer Besitzer, dem Befehl der öffentlichen Meinung, die den Verkauf des polnischen Bodens in russische Hände verboten hat, getrozt hätte. Dieses dauerte so lange, so lange die Verfügung existierte, welche den Polen untersagte, in Litauen Land zu erwerben, solange das System verkündet wurde, welches das Polentum in diesem Lande zum vollständigen, langjamen Aussterben verurteilte. Kaum ist aber diese Verfügung außer Kraft gesetzt worden, kaum sind kleine, formelle Erleichterungen eingeführt worden, so erfolgte im Verhalten der polnischen Bevölkerung in Litauen eine fatale Wendung, ganz genau dieselbe, wie sie gegenwärtig im Posenischen erfolgt. Seit einigen Jahren geht eine polnische Wirtschaft nach der andern, überwiegend durch die Vermittlung der Bauernbank, welche durch ihren Charakter und ihren Zweck an die preußische Ansiedlungskommission erinnert, in die Hände der russischen Bauern über, vermehren sich infolgedessen die russischen Vorposten in Litauen, und mit jedem Jahr wird die Welle mächtiger, welche dem polnischen Leben in diesem Lande mit Erdrückung droht.

Diese auffallende Analogie ist keine zufällige. Die wilde Inkonsequenz, welche angesichts des politischen Druckes und dessen Verschärfung auf das nationale Interesse genau zu achten gebietet, und angesichts der geringfügigsten, wenn auch nur scheinbaren, Erleichterung seine offene Geringschätzung erlaubt, entspringt sowohl in Litauen, wie auch in Posen derselben Quelle. Das ist nicht nur das Temperament, welches angesichts der Herausforderung und der Gefahr sich zur Wehr setzt, und im Falle von Nachgiebigkeit und des guten Willens die Zügel fallen läßt. Das ist vor allen Dingen eine bezeichnende Erscheinung der Sklavenspyche. Die Erziehung in der Sklaverei, die Beschränkung der Rechte und der Freiheit der Bewegung und der Entwicklung, ja sogar der Gedanken, welche sich in die Zukunft wenden, die fühlbare Abhängigkeit von der herrschenden Macht, alles das hat dazu beigetragen, um an die Auffassung der nationalen Aufgaben und Ziele, vor allen Dingen vom Standpunkt der Negation, dem herrschenden Elemente gegenüber zu gewöhnen. Im Kampfe mit der unterdrückenden Macht schickt man zuerst einen Oppositionsstrom, ein negatives Programm der Tätigkeit vor. Das ausdrückliche Ziel des Kampfes bildet die Verringerung der Unterdrückung, die Lockerung der hemmenden Fesseln. Die Empfänglichkeit für die Verschlechterung der Lage, für neue Beschränkungen und Gefahren ist sehr groß. Jeder feindliche Akt weckt das Gefühl der Notwendigkeit des Zusammengehens zwecks gemeinsamer Verteidigung. „Lassen wir uns nicht!“ Das ist die typische Parole dieser verneinenden Politik. Und bei einer solchen Politik, welche ausschließlich zum Parieren der Angriffe, zur Vermeidung oder Verminderung des Bösen berechnet ist, geht mit der Zeit leicht der Schaffungskeim, der positive politische Gedanke verloren, es verwischt sich sogar das Verständnis für die Notwendigkeit eines solchen Keimes zum nationalen Leben und zur nationalen Entwicklung. Den vor allen Dingen die äußere Ruhe und die Möglichkeit einer materiellen Entwicklung Schützenden erscheint das Auftauchen der in die Zukunft weisenden Ideen, die Propaganda der Parolen, welche die Wegweiser nicht mehr für eine sklavische Vegetation, sondern für die Rückkehr des natürlichen Zustandes, der selbständigen Existenz sind, als eine Gefahr, welche die Schrecken einer neuen Verfolgung heraufbeschwören könnte. Also auf die Unmöglichkeit ihrer Verwirk-

lichung weder im gegenwärtigen Augenblick noch in der Zukunft hinweisend, setzen sie ihre Bedeutung herab, reißen sie systematisch aus Herz und Gemüt, um sie durch den Hinweis auf nähere Ziele, durch „positive Arbeit“ zu ersetzen. Ist es doch im preussischen Anteil soweit gekommen, daß hervorragende Leiter des oberschlesischen Volkes vor zwei Jahren es gewagt haben, öffentlich die Idee der polnischen Nationalität als wertlosen Ballast zu bezeichnen, deren Beibehaltung nur das herrschende Element erbitterte und es zur Verschärfung der Unterdrückung veranlassen könnte.

Im Posenschen ist es soweit noch nicht gekommen. Aber auch dort spricht man schon seit einer langen Reihe von Jahren von den nationalen Idealen, von dem schließlichen Ziel des schweren Kampfes um die Existenz und die nationale Entwicklung fast gar nichts mehr, und öffentlich erst recht nicht.

Die Folgen dieser systematischen Erziehung des Volkes auf dem niedrigen Niveau ausschließlich nur der Sorge um die momentane Existenz, um die Erhaltung des nationalen Separatismus einzig nur in den engen Grenzen der heutigen Verhältnisse zeigen sich jetzt. Solange die Bedrückung wuchs, genügte die Parole der negativen Opposition gegen die germanisatorische Aktion vollständig, um das Volk auf dem richtigen Wege zu erhalten. Die nationale Solidarität, die Achtung der Pflichten gegen die Gesamtheit waren allgemein. Als jedoch die Regierung zögernd innehielt, und von der Ausführung der Drohung der Enteignung resignierend sich jetzt den Anschein gibt, als ob sie an eine Verminderung der Bedrückung dächte, hörte die negative Parole in einigen Kreisen auf zu wirken, und es zeigte sich der Mangel an andern, höheren Parolen, die, in die Zukunft weisend, es befesten würde, in den Bemühungen nicht aufzuhören und den Sieg der niedrigen Instinkte vereitelten. Und es ist natürlich, daß gerade die Bauernkreise, in welche die systematisch verschwiegene Ideale des nationalen Lebens nicht hineindringen konnten, der Versuchung erliegen sind. Hier muß die Arbeit angelegt werden, es muß dem Volke aufs neue in Erinnerung gebracht werden, daß die Freiheit der Muttersprache, der Kultur und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht das Endziel sind, welches sich in dämmernder Ferne verliert, sondern daß dieses Ziel real ist und die tiefste Begründung jeglicher nationalen Aktion bildet.

Aus Nr. 239 der Silesia (Teschen)
vom 19. Oktober 1911:

Gerechte Bestrafung.

Im September l. J. brachten wir aus Dzieditz die fast unglaubliche Meldung, daß bei dem Schuleröffnungsgottesdienst der Dzieditzer polnischen Schulvereinschule über Anordnung des Schulleiters Madejski statt der üblichen Volkshymne das polnisch-nationale Lied „Boże, coś Polskę“, eine Art allpolnischer Hymne, gesungen wurde. Dies erregte nicht nur in Dzieditz-Gzechowitz öffentliches Ärgernis und größte Entrüstung, es machte auch die weitesten Kreise der patriotisch gesinnten Bevölkerung Schlesiens auf die unglaubliche Frechheit und die unerhörte Illoyalität des Schuldirektors Madejski aufmerksam. Nun melden polnische Blätter, daß die Bezirkshauptmannschaft Bielitz dem polnischen Schulvereine aufgetragen habe, binnen drei Tagen einen Wechsel in der Leitung der Dzieditzer Schule vorzunehmen, da Madejski zur Leitung der Schule nicht geeignet sei, weil er in öffentlichem Schulgottesdienst das Lied „Boże, coś Polskę“ habe singen lassen, „das dem österreichischen Patriotismus zuwiderläuft“. Diese

exemplarische Bestrafung des allpolnischen Fanatikers muß in jedem ehrlich denkenden österreichischen Patrioten die lebhafteste Genugtuung hervorrufen. Nicht nur, daß dadurch das unpatriotische und illoyale Wesen der Polnischnationalen endlich einmal öffentlich gebrandmarkt wurde, sondern daß endlich auch unsere Regierung die Energie und Stärke gewonnen hat, um gegen solche Schädlinge des Staatsinteresses mit der einzig wirksamen Schärfe vorzugehen. Besonders aus dem letzteren Grunde ist die Verfügung der Bielitzer Bezirkshauptmannschaft besonders zu begrüßen. Wenn die kaiser- und reichstreue Bevölkerung Schlesiens sehen wird, daß Beleidigungen des Reiches, des Kaisers, ihrer höchsten, heiligen Güter, von der Regierung unnachsichtlich gestraft werden, dann erhält sie das schon lang entbehrte Gefühl der Sicherheit gegen die gefährlichsten — die inneren Feinde des Staates. Ein frischer, strammer Zug scheint in unsere Regierung zu kommen und diesen begrüßen wir noch freudiger, wie die Amtsentsetzung eines polnisch-nationalen Schädlings.

Aus Nr. 240 der Silesia (Teschen)
vom 20. Oktober 1911:

Der Fall Madejski und die polnisch-nationale Presse.

Die von uns in der gestrigen Ausgabe der Silesia besprochene Verfügung der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Bielitz, betreffend die Amovierung des Leiters der polnischen Schulvereinschule in Dzieditz-Gzechowitz wegen Absingung der allpolnischen Hymne „Boże, coś Polskę“ beim Schuleröffnungsgottesdienst, wird in der polnischen Presse lebhaft erörtert. Besonders charakteristisch ist der diesbezügliche Artikel der Gwiazdka Cieszyńska, des Parteiorgans und Sprachrohres des Reichstagsabgeordneten P. Londzin, der ja nebenbei auch k. k. österr. Gymnasialprofessor ist. In diesem Blatte wird die in Rede stehende Verfügung der k. k. Bezirkshauptmannschaft gar nicht ernst genommen und wird in der unglaublichen Verbohrtheit der allpolnischen k. k. „Redakteure“ der klägliche Versuch gemacht, den auf dem betreffenden Erlasse unterschriebenen Bezirkshauptmann lächerlich zu machen. Das einzige Argument, auf welchem die Gwiazdka Cieszyńska herumreitet, ist das, daß das Lied „Boże, coś Polskę“ dem österreichischen Patriotismus nicht zuwiderlaufe, weil es in dem vom k. k. galizischen Landeschulrat für die galizischen staatlichen Mittelschulen approbierten Liederbuche enthalten sei. Dieses Argument ist aber sehr fadenscheinig und werden wir nicht veräumen, in nächster Zeit unserer Leserschaft eine wortgetreue Übersetzung dieser allpolnischen Hymne zu bringen, damit sie sich selbst ein Urteil darüber bilde, wie wenig ihr Inhalt mit dem österreichischen Patriotismus zu vereinbaren sei. Wenn der galizische „k. k.“ Landeschulrat die Aufnahme derartiger Heflieder in das offizielle Liederbuch für staatliche Mittelschulen gestattet, so ist dies der beste Beweis, daß der österreichische Patriotismus im galizischen Landeschulrate nicht zu finden ist. Es wäre daher Sache der Zentralregierung, solche Auswüchse der Autonomie der galizischen Schulbehörden abzustellen, wenn sie die Macht dazu hat. Für uns in Schlesien hat aber dieser Umstand eine besondere Bedeutung. Das vom galizischen Landeschulrate für die galizischen Mittelschulen approbierte polnische Liederbuch dürfte auch am k. k. polnischen Gymnasium in Teschen, an der k. k. polnischen Lehrerbildungsanstalt in Bobrek, und an dem polnischen Privat-Realgymnasium in Orlau in Verwendung sein.

Wenn sich nun einmal die schlesische Schulbehörde auf den einzig richtigen Standpunkt gestellt hat, derartige antiösterreichische Lieder in den schlesischen Schulen nicht zu dulden, so muß der k. k. schlesische Landes-schulrat konsequenterweise auch den Gebrauch von Liederbüchern mit solchen Liedern an sämtlichen schlesischen Unterrichtsanstalten verbieten. Wenn die Regierung konsequent bleibt und mit derselben Schneidigkeit vorgeht, wie im Falle Madejski, dann können wir wohl erwarten, daß die allpolnischen Heflieder in kürzester Zeit an den schlesischen Schulen verboten werden.

Aus Nr. 234 der Ostdeutschen Rundschau (Wien)
vom 13. Oktober 1911:

„Noch ist Polen nicht verloren!“

Man schreibt uns aus Galizien: „Das Unglück unseres Vaterlandes (Polens), an dessen Auferstehung ich glaube, schmerzt mich tief — —.“ Dieser Satz stand mit fetten Lettern gedruckt im diesjährigen Wahlauftruf eines polnischen Reichsratskandidaten, eines k. k. österreichischen Bezirksrichters! Desgleichen erklärte der verstorbene Reichsratskandidat Petelenz, der gewesene Führer der polnischen Demokraten in einer in Krakau gehaltenen Kandidatenrede, daß er die politische Selbständigkeit seines Vaterlandes (Polens) erstrebe und erhoffe.

Der Gedanke, daß Polen wiedererstehen wird und muß, ist in der polnischen Bevölkerung Galiziens allgemein, und das Volk wird in Schule und Vereinen, in Kunst und Presse, in der Kirche und in der Politik in diesem Sinne erzogen. Kein richtiger Pole sagt, er sei Österreicher; er ist Pole und — österreichischer Untertan — auf Zeit. Patriot heißt hier derjenige, der polnischer Patriot ist, unter Vaterland versteht er — Polen.

Jeder Galizier hat das Gefühl, daß sich hier ein polnisches Piemont vorbereitet bei allerdings vielleicht unbewußter Förderung durch die österreichischen Regierungen. Das ganze Schulwesen, die ganze Verwaltung, sämtliche Behörden, alles ist nicht nur der Sprache, sondern auch dem Geiste nach polonisiert. Die Autonomie, die doch eigentlich nicht zu diesem Zwecke da ist, wird von den Polen vortrefflich zur Vorbereitung einer erhofften Zukunft unter dem weißen Adler ausgenützt, wobei natürlich nicht unterlassen wird, Österreich, so lange es geht und möglichst ausgiebig, als Melkkuh zu betrachten.

Ein Verwaltungszweig, der noch nicht ganz dem Polentum verfallen war, ist das Eisenbahnwesen. Seit einiger Zeit setzen die Polen nun hier alle Hebel ein, und es ist bezeichnend, daß dies genau seit der Zeit geschieht, da der Führer der Allpolen, Glombinski, Eisenbahnminister wurde. Den Lesern der Ostdeutschen Rundschau wird die Sprachenmeuterei der polnischen Eisenbahner im heurigen März noch erinnern sein. Wenn auch der Versuch, die polnische Dienstsprache *via facti* einzuführen, derzeit gescheitert ist, so hoffen die polnischen Beamten bis hinauf in die höchsten Rangklassen, noch immer auf deren Einführung und arbeiten unterdessen desto eifriger in Kleinigkeiten. Der neueste Sport der polnischen Eisenbahner ist das Ausmerzen der deutschen Ortsnamen.

In den letzten Monaten werden — namentlich im Krakauer Direktionsbezirke — die deutschen Stationsbezeichnungen Krakau, Lemberg, Neusandec usw. fast gar nicht mehr angewendet. Sämtliche Dienststellen

in Neusandec z. B. führen vorwiegend die Dienststampiglie Nowy Sacz statt Neusandec. An den Lokomotiven sieht man die Aufschrift k. k. Heizhausleitung Nowy Sacz, auf Güterwagen Werkstätte Nowy Sacz; die deutschen Stationsnamen werden bei neu gebauten Bahnhöfen (Neusandec) gar nicht mehr angebracht, bei alten Bahnhöfen entfernt (Altsandec). Fahrkarten werden nur noch einsprachig polnisch ausgefertigt; der Reisende, der nach Lemberg fahren will, bekommt eine Fahrkarte nach Lwów usw. usw. Das alles, ohne daß die betreffenden Stationsnamen amtlich geändert wurden.

Die Kontrolle durch die vorgesetzten Behörden versagt in diesem Falle gänzlich, weil eben die Direktionsbeamten fast durch die Bank polnische Patrioten sind, denen dieselben Hochziele vorschweben wie den Streckenbeamten (schwarz-gelb ist dieses Hochziel nicht). Schreiben und telegraphieren doch auch Direktionen Kraków, Lwów, Nowy Sacz usw. statt Krakau, Lemberg, Neusandec — und Direktoren und Abteilungs-vorstände sehen das und dulden es.

Das alles soll natürlich nur die Einleitung zur amtlichen Abschaffung der verhassten deutschen Stationsnamen sein, nachdem schon vor einigen Jahren die Stationen Neumarkt auf Nowy targ und heuer Andrichau auf Andrychów, Saybusch auf Zywiec umgetauft worden. Wir Deutsche in Galizien sehen, was da kommen soll, aber eines ist uns unfaßbar — daß man das in Wien nicht sieht.

Oder sollen unsere altehrwürdigen Städtenamen vielleicht der Preis sein, den man den Polen für ihr Verbleiben in der Mehrheit versprach?

Es ist wirklich auffallend, daß die Angriffe der Polen auf den deutschen Charakter der Staatsbahnen, die Ernennung eifriger Polen in hohe Dienststellen, die Anebelung des deutschen Schulwesens, der Boykott deutscher Waren usw. gerade in jener Zeit besonders sich bemerkbar machen, da im Parlamente Deutsche und Polen zusammengehen.

Wir Deutsche in Galizien können das Gefühl nicht los werden, daß unser „Wiedererwachen“ der Regierung und den Mehrheitsparteien eigentlich ganz ungelegen gekommen ist. Es scheint so bequem gewesen zu sein, den Polen in Galizien freie Hand zu lassen und dafür ihre Stimmen zu bekommen. Und da kommen die verd. . . totgeglaubten Schwaben und zeigen auf die vielen eiternden Geschwüre, welche diesen Teil unseres Vaterlandes zerfressen.

Sollte die Rechnung in Wien eine derartige gewesen sein, dann war sie leider ohne uns gemacht. Wir werden nicht müde werden, immer und immer in Wort und Schrift darauf hinzuweisen, daß Österreichs gefährlichste Nation nach den Madjaren die Polen sind, welche in Wien überloyal scheinen und bei sich zu Hause ihre ganze Kraft dem einen Ziele widmen — der Wiedergeburt Polens. Wir Deutsche Galiziens hoffen, daß sämtliche deutschen Abgeordneten ihren vollen Einfluß geltend machen werden, um die spärlichen Reste des Deutschtums, und wir können ruhig sagen, auch des Österlichkeitums in Galizien zu schützen und insbesondere den deutschen Charakter der k. k. österreichischen Staatsbahnen auch in Galizien, zu erhalten oder richtiger gesagt, wieder herzustellen. Hierzu gehört auch die Erhaltung der deutschen Ortsnamen, soweit solche bis nun üblich waren. Diese Ortsnamen sind uns ein ehrwürdiges Erinnerungszeichen an geleistete deutsche Kulturarbeit, sie sind geschichtlich berechtigt und jahrhundertlang im Gebrauch gewesen, sie sind auch noch eines der spärlichen Merkmale, daß Galizien doch noch zu Österreich gehört.

Wir erwarten aber auch von der Regierung, daß sie energisch einschreite und der bei den Staatsbahnen auf dem Gebiete der Dienstsprache (und der Ortsnamen) eingerissenen Anarchie und Disziplinlosigkeit ein Ende bereite. Wir Deutsche in Galizien haben es nicht nötig, erst hervorzuheben, daß wir als gute Österreicher treu zum Reiche halten, aber wir können und müssen Treue um Treue verlangen. Wir sind regierungsfreundlich und verfassungstreu, wenn aber die Regierung und die Vertretung des deutschösterreichischen Volkes wichtige Belange des Staates und des Deutschtums aufopfern wollen, um Augenblickserfolge zu erhaschen, dann kann niemand von uns fordern, daß wir ihnen darin Gefolge leisten sollen. Wir im äußersten Nordosten der Monarchie können am besten die Richtigkeit des Ausspruches beurteilen: „Österreich wird deutsch sein oder es wird nicht sein!“ Rüdiger.

Aus Nr. 131

des Deutschen Volksblatts für Galizien (Lemberg)
vom 20. Oktober 1911:

Ein Wort an die Deutschgalizier.

„Civis germanus sum.“

Ottokar Kernstock.

Weit in Galizien zerstreut, rings von Slawenflut umbrandet, wohnen die Nachkommen der deutschen Ansiedler, die von Josef II. herbeigerufen wurden, um die Eingeborenen mit den Erfolgen deutscher Arbeit bekannt zu machen. Häufig mangelt es an deutschen Schulen und die deutschen Kinder, die polnische Schulen besuchen, sind der Gefahr ausgesetzt Analphabeten zu werden, weil sie die Unterrichtssprache nicht verstehen, oder polnisches Wesen anzunehmen. Diesenigen, die in den Siedelungen bleiben und, von Stammesgenossen umgeben, das Bauernleben ihrer Vorfahren fortsetzen, bewahren ihr Deutschtum, wer aber nach einer anderen Lebensstellung trachtet, eine polnische Mittel- und Hochschule besucht, wird unter polnischem Einflusse leicht zum Polen. Das traurigste aber ist, daß Viele, die den Goldschatz des deutschen Volkstums für das Linsengericht des polnischen hinwerfen, sich gar nicht der Größe des Opfers, das sie bringen, bewußt werden. Freilich, wer als deutscher Kolonistensohn in Galizien aufgewachsen ist, kann ja meinen, das Polentum sei weitaus mächtiger und bedeutender als das Deutschtum. Was lernt er auch von diesem Deutschtum kennen? Viel, viel zu wenig, um es auch nur annähernd einschätzen zu können. Darum ist es Pflicht der deutschen Eltern, der deutschen Priester und der deutschen Lehrer, ihren Schülern eine national deutsche Erziehung angedeihen zu lassen, ihnen deutsches Denken und Empfinden beizubringen und es zu erhalten, sie mit der Größe deutschen Geistes und deutscher Taten bekannt zu machen. Mögen ihnen hierbei die Polen als Vorbild dienen. In den Augen der Polen kann neben Johann Sobieski kein anderer Herrscher, neben Mickiewicz kein anderer Dichter bestehen, obwohl diese trotz all ihrer Vorzüge doch nur Sterne dritten Ranges sind. Ein deutscher Knabe, der in polnischen Schulen gebildet, des polnischen Dichters Mickiewicz „Konrad Wallenrod“, die Verherrlichung des Verrates, auswendig kann, — dem aber der Hochflug Goethe'schen Geistes vollständig fremd ist, ist ein seltsames Wunderding, ein trauriges Erzeugnis galizischer Zustände. Das natürlichste Recht des deutschen Kindes ist das Recht auf deutsche Erziehung und deutsche Bildung.

Man ist gewohnt, eine Schule deutsch zu nennen wenn die Unterrichtssprache die deutsche ist, darin aber besteht das Wesen einer deutschen Schule noch lange nicht. Eine deutsche Schule nenne ich diejenige, in der deutschen Schülern Unterricht nicht nur in deutscher Sprache, sondern auch in deutschem Geiste erteilt wird.

Und nicht nur in den Herzen der Kleinen, auch im Herzen der Erwachsenen gilt es, den deutschen Geist zu wecken. Hierzu gehört vor allem die Überzeugung, daß wir nicht etwa ein gänzlich im Stiche gelassenes, dem Untergang preisgegebenes Kolonistenvolk sind, sondern daß wir vollbürtige und vollwertige Bürger der großen deutschen Nation sind, die die erste auf Erden ist. Der Ausdruck „Deutschgalizier“ der jetzt häufig gebraucht wird, ist erfreulich, weil er besagt, daß das Deutschtum in Galizien nicht ausgestorben ist, aber ein Überrest alten Sondergeistes steckt doch darin. Ist denn Galizien unser Vaterland? „O nein, o nein, unser Vaterland muß größer sein.“ Das ganze Deutschland soll es sein — „so weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt“ — „wo Treue hell vom Auge blüht und Liebe warm im Herzen sitzt.“

„Das ganze Deutschland soll es sein.
O Gott im Himmel, sieh darein
und gib uns echten, deutschen Mut,
daß wir es lieben, treu und gut.“

Der Deutsche, besonders der Deutsche in entlegenen Siedelungen, der Deutsche in der Fremde, darf sich auf den engen Gesichtskreis seiner undeutschen Umgebung nicht beschränken, darf niemals den Zusammenhang mit dem großen Volke, dem er angehört, verlieren. Sein Bestreben sei, sich von deutscher Bildung und Gesittung, so viel ihm überhaupt möglich, anzueignen. Und wenn er ganz von deutschem Geiste befeelt ist, wird er mit Dankbarkeit, mit Begeisterung und freudigem Stolz an seinem Volkstum hängen und es niemals verleugnen und verraten.

Hans Weber-Lutkow.

Aus Nr. 131 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 20. Oktober 1911:

Eine unglaublich polnische Demonstration.

Zur Feier des Namenstages des Kaisers wurden vorige Woche im Kinematographentheater „Edison“ in Tarnow Kaiserbilder vorgezeigt. Als das Programm derselben an die Reihe kam, verließen die der Vorstellung beivohnenden Schüler der achten Klasse des Gymnasiums I demonstrativ die Vorstellung. Einige sollen sogar die Vorführung dieser Bilder mit Zischen und Pfeifen bewillkommen haben.

Die im Theater anwesenden Offiziere des in Tarnow garnisonierenden zweiten Ulanenregimentes erstatteten am nächsten Tage bei der Staatsanwaltschaft die Anzeige, die nun gegen die Teilnehmer an der Demonstration die Anklage erhoben hat. Bei der Einvernahme gaben die Schüler an, nur deshalb das Theater verlassen zu haben, weil sie die Bilder schon gesehen hatten.

Von Seite des Landes Schulrates sowie des Ministeriums sind Delegierte in Tarnow eingetroffen, die

im eigenen Rahmen eine Untersuchung eingeleitet haben. Bis auf weiteres wurden sämtliche Schüler, die an der unglaublichen Demonstration teilgenommen hatten, aus der Schule entfernt.

Das sind die Früchte der polnischen Erziehung in den k. k. Gymnasien. Haben wir nicht recht, wenn wir immer wieder darauf hinweisen, daß der Geist, welcher in den polnischen k. k. Anstalten herrscht, direkt hoch verrätisch ist! Gehen der Unrechtsverwaltung in Wien noch nicht die Augen auf?

In einem österreichischen Kronlande zischen und pfeifen Gymnasiasten über Bilder unseres erhabenen

Monarchen! Ja, das sind die künftigen Errichter des polnischen Königreiches. Dagegen wird bei polnischen Schulfeiern „Jeszcze Polska nie zginęła...“ (Noch ist Polen nicht verloren...) gesungen. Und das alles mit Wissen und Willen der Lehrer und — der Landes Schulbehörde! — Nicht nur die Schüler sollen exemplarisch bestraft werden, sondern viel mehr die allpolnischen Professoren!

Aber die galizische Vertuschungsmethode wird es auch diesmal fertig bringen, die für die „kaisertreuen“ Polen höchst unangenehme Geschichte aus der Welt zu schaffen, oder wenigstens abzuschwächen.

